

## Moldova im Spannungsfeld zwischen Rußland, Rumänien und der Ukraine

Gabanyi, Anneli Ute

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Gabanyi, A. U. (1996). *Moldova im Spannungsfeld zwischen Rußland, Rumänien und der Ukraine*. (Berichte / BIOst, 16-1996). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-42382>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1996 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln, Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110

ISSN 0435-7183



## Inhalt

Seite

Kurzfassung	3
Moldova im Spiegel der Geopolitik	5
Nationale Perestrojka in Moldova	6
Zwischen Rußland und Moldova: Das Transnistrien-Problem	7
Moldova und die GUS: Zurück in die Einflußsphäre Moskaus?	10
Rumänien: Vereinigung mit Moldova nicht Staatsziel	13
Driftet Moldova nach Osten?	15
Innenpolitische Polarisierung in Moldova vor Präsidentschaftswahlen	16
Rumäniens Moldaupolitik: Neue Töne oder neuer Kurs?	17
Moldova und Ukraine: Zur Zusammenarbeit verurteilt	21
Die Rolle Moldovas in der westöstlichen Politik	23
Die 14. russische Armee: Abzug oder Umwidmung?	26
Russische Macht- und Verwirrspiele um den Abzug der 14. Armee	

.....  
30

Summary

.....  
34

10. Januar 1996

Der vorliegende Bericht ist aus einem Forschungsauftrag des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien hervorgegangen.

Die Verfasserin ist wissenschaftliche Referentin am Südost-Institut München.

Redaktion: Gerhard Wettig

**Anneli Ute Gabanyi**

## **Moldova im Spannungsfeld zwischen Rußland, Rumänien und der Ukraine**

**Bericht des BIOst Nr. 16/1996**

### **Kurzfassung**

#### *Vorbemerkung*

Die kriegerischen Auseinandersetzungen des Jahres 1992 auf dem Territorium der Republik Moldova, der ehemaligen Moldauischen Sozialistischen Sowjetrepublik, die Probleme im Zusammenhang mit der dort stationierten 14. russischen Armee und ihrem inzwischen abgelösten kommandierenden General Alexander Lebed haben die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit auf dieses kleine Land im westlichen Vorfeld der ehemaligen Sowjetunion gelenkt. Im Spannungsfeld zwischen Rußland, Rumänien und der Ukraine kommt der kleinen Republik Moldova - Bevölkerung 4,5 Millionen Einwohner, davon 64,5% Rumänen, 13,8% Ukrainer, 13% Russen - eine wichtige Rolle zu. Der vorliegende Bericht zeichnet die historischen Prämissen und die Entwicklungslinien der Beziehungen zwischen Moldova, dem rumänischen Mutterland Rumänien, dem Nachbarn Ukraine und Rußland auf. Das Vorgehen Moskaus gegenüber Moldova erweist sich dabei als ein Präzedenz- und Testfall für eine Politik, die darauf hinzielt, das imperiale sowjetische Herrschaftsmodell durch ein neues, flexibleres Konzept der Hegemonie Rußlands in seinem "nahen Ausland" zu ersetzen.

Die Untersuchung stützt sich auf offizielle Verlautbarungen der politischen Akteure in den betreffenden Staaten sowie auf Presse- und Forschungsberichte moldauischer, rumänischer, russischer und westlicher Autoren. Während eines zehntägigen Aufenthalts als KSZE-Beobachterin der Parlamentswahlen in Moldova führte die Verfasserin im Februar 1994 Gespräche mit Politikern, Wissenschaftlern und Journalisten aus Moldova und - zu wiederholten Malen - mit Politikern und Publizisten aus Rumänien.

#### *Ergebnisse*

1. In Moldova setzten nach Beginn der Unabhängigkeitsbewegung Ende der 80er Jahre separatistische Bestrebungen in der historisch und demographisch spezifisch geprägten Region Transnistrien ein. Sie gipfelten in einem bewaffneten Konflikt zwischen den im Aufbau befindlichen Streitkräften Moldovas und Verbänden der Separatisten, die von der in Transnistrien stationierten 14. russischen Armee unterstützt wurden. Transnistrien, der Landstreifen östlich des Flusses Dnjestr, ist einer der wichtigsten strategischen Brückenköpfe der russischen Armee und ein wirksamer Hebel in der Hand Rußlands, um Druck auf die Republik Moldova, aber auch auf Rumänien und die Ukraine ausüben.
2. Die militärische Niederlage Moldovas führte 1992 zum Abschluß eines moldauisch-russischen Abkommens und zur Stationierung zusätzlicher russischer Truppen im Konfliktgebiet. Am 10.8.1994 wurde ein russisch-moldauisches Abkommen über den Abzug der 14. russischen Armee aus Transnistrien geschlossen. Die Analyse der Interessenlage Rußlands und seiner seither betriebenen Politik legen den Schluß nahe, daß es Moskau

nicht um den Abzug der Truppen, sondern um deren vertraglich abgesicherte Stationierung im Rahmen eines russischen Stützpunktes geht.

3. Die Beziehungen zwischen der Republik Moldova und Rußland standen von Anfang an im Zeichen der hegemonialen Ansprüche Moskaus. Politische, ökonomische und militärische Mittel wurden mit dem Ziel eingesetzt, die Republik so bald und so fest wie möglich in neue föderative oder konföderative Strukturen unter Moskauer Ägide einzubinden. Im November 1991 trat Moldova dem Abkommen über die Bildung einer Wirtschaftsgemeinschaft der UdSSR bei, vermied es aber bisher, sich den militärischen Vereinbarungen der GUS anzuschließen.
4. Der in Rußland ausgetragene Machtkampf wird auch auf dem Terrain des "nahen Auslands" wie Moldova ausgetragen. Vertreter des demokratischen Rußland bemühen sich, in der Region gutnachbarliche Beziehungen herzustellen und das Image Rußlands nach der Tschetschenienkrise zu korrigieren. Konservative Kräfte, darunter auch der ehemalige kommandierende General der 14. Armee, Lebed, versuchen zur gleichen Zeit, die alte UdSSR wieder herzustellen.
5. Die Vereinigung Moldovas mit dem Mutterland Rumänien stand nach der politischen Wende vom Dezember 1989 nicht auf der politischen Agenda. Nach den Parlamentswahlen rückte die Führung in Chişinău von nationalen Positionen ab, die sie im Zuge der nationalen Renaissancebewegung nach 1988 eingenommen hatte. Erst in jüngerer Zeit zeichnete sich in Rumänien eine neue Linie in der Moldova-Politik ab. Sie ist gekennzeichnet durch das Offenhalten der Option Rumäniens auf eine - ausschließlich friedliche - Vereinigung mit Moldova.
6. Moldova und die Ukraine verbindet das überragende Interesse beider Staaten an der Erhaltung ihrer territorialen Integrität und der Unverletzlichkeit ihrer Grenzen. Doch die Beziehungen sind dank ungelöster Grenzfragen nicht ungetrübt. In Kiew möchte man mit Moldova eine gemeinsame Front gegenüber Moskauer Hegemonialbestrebungen bilden, zugleich aber auch mit Rußland eine Vereinigung Moldovas mit Rumänien verhindern.
7. Die Republik Moldova entwickelte sich dank ihrer hervorgehobenen geostrategischen Lage zu einem Faktor westlicher Politik gegenüber Rußland. Die Regierung Moldovas versucht, westliche und östliche - sprich: russische - Interessen zum eigenen Vorteil auszubalancieren. Die positive Perzeption durch den Westen gereicht der Republik Moldova diplomatisch und wirtschaftlich zum Vorteil. Westliche Staaten unterstützen die Führung Moldovas bei ihrem Bestreben, den Abzug der 14. russischen Armee aus Transnistrien zu erreichen.

## Moldova im Spiegel der Geopolitik

Die Moskauer Politik gegenüber der seit August 1991 unabhängigen Republik Moldova kann als Präzedenz- und Testfall für den Versuch der dortigen Führung angesehen werden, das imperiale sowjetische Herrschaftsmodell durch eine neues, flexibleres Konzept der Hegemonie Rußlands in seinem "nahen Ausland" zu ersetzen. In Moldova ebenso wie im Baltikum, in Georgien oder Aserbaidschan liefen seit Beginn der Unabhängigkeitsbestrebungen vergleichbare Prozesse ab. Separatistische Bestrebungen und Aufstände setzten die Führungen der neuen, fast ausnahmslos ethnisch heterogenen Republiken unter Druck. Danach bot der Kreml seine Vermittlerdienste an. Um die aufständischen Minderheiten bzw. die in Sowjetzeiten dort angesiedelten russischen Kolonisten zu schützen, wurden russischen Einheiten in den betreffenden Regionen eingesetzt. Nach dem Willen Rußlands sollte die Präsenz dieser Truppen von der internationalen Staatengemeinschaft toleriert, durch ein internationales Mandat legitimiert und von einer internationalen Organisation (UNO, KSZE) finanziert werden.<sup>1</sup> Am Ende soll die vertraglich abgesicherte Umwandlung dieser Truppenverbände in Stützpunkte der russischen Armee stehen. In diese Konzeption reiht sich die neue russische Militärdoktrin ebenso ein wie die darauf fußenden Pläne zur Modernisierung der russischen Armee.<sup>2</sup>

Innerhalb des geopolitischen "Bogens der Instabilität"<sup>3</sup>, der sich entlang der Grenzen der ehemaligen Sowjetunion vom Baltikum bis zum Kaukasus spannt, kommt der Republik Moldova, der ehemaligen Moldauischen Sozialistischen Sowjetrepublik eine wichtige Rolle zu. Moldova liegt in dem seit Jahrhunderten umstrittenen Raum an der Mündung der Donau in das Schwarze Meer, in den das zaristische Rußland im Jahre 1812 vorgedrungen war. Ein Verlust seines Einflusses auf die im Westen gelegenen Republiken Ukraine und Moldova würde Rußlands Isolierung vom westlichen Europa bedeuten und es vom "Gemeinsamen Haus Europa" nach Osten abdrängen. Damit wäre Rußlands Stellung gegenüber den Ländern Ost- und Mitteleuropas, aber auch mit Blick auf den Mittelmeerraum und den Mittleren Osten, erheblich geschwächt. Sollte auch der russische Einfluß auf die Staaten des Transkaukasus, des Schwarzmeerraumes und der Donaumündung, seit Jahrhunderten Ziel russischer und später sowjetischer Expansionsbestrebungen, verdrängt werden, wäre sein Status als regionale Macht stark beeinträchtigt - von seiner globalen Rolle ganz zu schweigen.

Unter historischem Gesichtspunkt ist die Rechtmäßigkeit der Zugehörigkeit des Territoriums der Republik Moldova zu Rußland bzw. der Sowjetunion umstritten. Bis zum Jahre 1812, als Rußland das Territorium zwischen den Flüssen Dnjestr im Osten und Pruth im Westen besetzte, war das heutige Staatsgebiet Moldovas Teil des historischen rumänischen Fürstentums der Moldau. Nach dem Zerfall des Zarenreiches schloß sich die neu gebildete Autonome Demokratische Moldaurepublik Rumänien an. In einem geheimen Zusatzprotokoll zum Hitler-Stalin-Pakt vom August 1939 wurde das Territorium der sowjetischen Einflußsphäre zugeschlagen; ein Jahr später besetzten sowjetische Truppen nach einem Rumänien gestellten Ultimatum das Gebiet und teilten es unter der neugegründeten Moldauischen Sozialistischen Sowjetrepublik und der

<sup>1</sup> Siehe auch: C.R., "Specialiştii 'scizionitei' (Die Spezialisten der "Spaltkrankheit"), in: *Adevărul*, 15.7.1993.

<sup>2</sup> Ole Diehl, "Ist der 'Russische Bär' erwacht? Der Wahlerfolg der 'Großrussischen Chauvinisten' und die neue russische Militärdoktrin", in: *Aktuelle Kurzanalysen*, Nr. 2, Forschungsinstitut der DGAP, Dezember 1993; Lothar Rühl, "Der Bär am Balkan", in: *Die Welt*, 13.5.1993; Suzanne Crow, "Drang nach außen", in: *Die Zeit*, Nr. 4, 21.1.1994; "Russia Reaches Out", in: *The Economist*, 26.2.1994; Udo Bergdoll, "Im Dialog mit dem russischen Bären", in: *Süddeutsche Zeitung*, 22.3.1994; Werner Adam, "Zwischen Anspruch und Wirklichkeit", in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13.5.1994.

<sup>3</sup> Dmitry Volsky, "The Dnjestr Region in the 'Arch of Instability'", in: *New Times*, 22/1992.



Ukrainischen Sowjetrepublik auf. Zwar marschierten mit Hitlerdeutschland verbündete rumänische Truppen im Juni 1941 in die Gebiete östlich des Pruth ein und integrierten sie erneut in den rumänischen Staatsverband, doch nach der neuerlichen Besetzung des Gebiets durch die siegreichen Truppen der Roten Armee nahm die Sowjetunion diese Territorien erneut in Besitz. Der 1947 in Paris geschlossene Friedensvertrag segnete diese Grenzen ab.

Trotz Kolonisierung, Deportation, Assimilation und Vernichtung ihrer Eliten stellen die Rumänen immer noch 64,5% der 4,3 Millionen Einwohner der 33.700 Quadratkilometer großen Republik Moldova. Hinzu kommen 13,8% Ukrainer, 13% Russen, 3,5% Gagausen (ein christliches Turkvolk), 2,0% Bulgaren und 3,2% andere Ethnien.<sup>4</sup>

Die Voraussetzungen für einen paradigmatischen Konflikt - ethnisch gemischte Besiedlung, historische Dispute um Grenzen und Territorien mit entsprechenden revisionistischen Verwicklungen angrenzender Staaten, willkürlich gezogene Grenzen und ethnische Enklaven - sind in der Moldau zweifellos gegeben. Dennoch handelt es sich hier nicht primär um einen interethnischen Konflikt, sondern um eine politische Gegensätze, die in diesem Teil der Welt nach der Auflösung der alten Macht - und Hegemonialstrukturen akut geworden sind.

Mit dem Zerfall der Sowjetunion und der Entstehung neuer, von der internationalen Völkergemeinschaft anerkannter Staaten ist in der Region nicht nur ein Machtvakuum entstanden, sondern auch ein Vakuum im Sinne des Völkerrechts. Im Falle der historischen rumänischen Provinzen Bessarabien und Bukowina betreffen die ungeklärten Fragen der Rechtsnachfolge gleich vier Staaten: die Republik Moldova, Rumänien, Rußland und die Ukraine. Sie ist inzwischen zu einer Belastung der Beziehungen zwischen diesen Staaten geworden.

## Nationale Perestrojka in Moldova

Im Zuge der Umgestaltung des inneren und äußeren Imperiums der ehemaligen Sowjetunion setzte im Sommer des Jahres 1988 in Moldova eine von der rumänischen Mehrheitsbevölkerung getragene Nationalbewegung, was dazu führte, daß die konservativen Breschnew-Eliten durch Anhänger der Perestrojka ersetzt wurden.<sup>5</sup> Als der erste große Durchbruch, die Zulassung des Rumänischen und die Wiedereinführung des lateinischen Alphabets, bereits absehbar war, stellte sich Mircea Snegur,<sup>6</sup> bis dahin als Sekretär des Zentralkomitees der Moldauischen Kommunistischen Partei für Fragen der Landwirtschaft zuständig, an die Spitze der nationalen Volksbewegung. Im Dezember 1991 ließ er sich zum Staatspräsidenten wählen.

Am 23.6.1990 erklärte der Oberste Sowjet der Moldau die Souveränität der Republik. Daraufhin wurde am 19.8.1990 in der süd moldauischen Stadt Komrat eine "Gagausische Sozialistische

<sup>4</sup> Zum geschichtlichen Hintergrund siehe u.a.: George Ciorănescu, Bessarabia. Disputed Land between East and West, München 1985 und Bukarest 1993; Nicholas Dima, From Moldavia to Moldova. The Soviet-Romanian Territorial Dispute, New York, 1991. Daten und Fakten zur aktuellen Entwicklung in Moldova bei: Vasile Nedelciuc, Republica Moldova, Chişinău, Universitas 1992; Ekkehard Völkl, "Bessarabien-Moldova", in: Michael Weithmann (Hrsg.), Der ruhelose Balkan, München 1993, S.44-64.

<sup>5</sup> Siehe Georgie Anne Geyer, "Moldova a Clue to the Future," in: *Washington Times*, 17.3.1994. Siehe davor Anneli Ute Gabanyi, "Die Moldova zwischen Rußland, Rumänien und der Ukraine, in: Außenpolitik 1/1993 und dies., "Die Republik Moldova zwischen Wende und Rückwendung," in: *Südosteuropa* 3-4/1993.

<sup>6</sup> Mircea Snegur, geboren 1940, Absolvent des Agronomieinstituts in Chişinău. Kolschosdirektor, Direktor im Landwirtschaftsministerium Moldovas (1973-1978), Direktor zweier landwirtschaftlicher Forschungsinstitute (1978-1981), Erster Sekretär des Rayonsparteikomitees Edineţ (1981-1985), ZK-Sekretär der Moldauischen KP (1985-1989), Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der Moldauischen SSR (1989-1991), Präsident der Moldauischen SSR bzw. der Republik Moldova (seit 1991), zugleich Austritt aus der Moldauischen KP.

Sowjetrepublik" ausgerufen. Am 2.9.1990 proklamierten orthodox-kommunistische Kräfte östlich des Dnjestr eine sogenannte Sozialistische Sowjetische Moldauische Republik Transnistrien. Am 27.8.1991 erklärte das Parlament Moldovas im Anschluß an den gescheiterten Putschversuch in Moskau die Unabhängigkeit der Republik. Unter Hinweis auf die Ungesetzlichkeit der Annexion ihres Territoriums durch Rußland beziehungsweise die Sowjetunion sowie auf das international verbrieftete Recht der Völker auf Selbstbestimmung erklärte das Parlament den Wunsch der gesamten Bevölkerung der Republik Moldova nach Aufnahme politischer, wirtschaftlicher, kultureller und diplomatischer Beziehungen zu anderen Staaten. An die Vereinten Nationen sowie an die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa erging das Ersuchen um Aufnahme in diese Gremien. Die Regierung der Sowjetunion wurde aufgefordert, Verhandlungen mit der Regierung in Chişinău über den illegalen Status der Republik Moldova als besetztes Land sowie über den Abzug der sowjetischen Truppen von ihrem Territorium aufzunehmen.

### **Zwischen Rußland und Moldova: Das Transnistrien-Problem**

Die bilateralen Beziehungen zwischen der Republik Moldova und Rußland standen seit jeher im Zeichen der hegemonialen Ansprüche Moskaus. Die nationale Renaissance in der Moldauischen Sowjetrepublik kam der Perestrojka-Fraktion in der KPdSU sehr gelegen, da sie dazu benutzt werden konnte, um die Entmachtung der alten Breschnew-Eliten voranzutreiben. Eine eigene Staatlichkeit Moldovas, ausgestattet mit den Attributen formaler Unabhängigkeit von Moskau, paßte so lange in Gorbatschows Konzept der Entkolonisierung und der strukturellen Umwandlung der Sowjetunion in ein "commonwealth" ihrer ehemaligen Republiken, als die Gefahr der Sezession und einer möglichen Vereinigung mit Rumänien gebannt blieb. Als Druckmittel der sowjetischen und später der russischen Führung auf die Republik Moldova diente ein typischer Verschachtelungskonflikt - der Konflikt um Transnistrien. Instrumentalisierter Konflikt oder ethnisches Chaos? Wohl beides. Dennoch gelangen Beobachter zu dem Schluß, es sei wohl kein Zufall, daß, so Olga Alexandrova, "interne ethnische oder bürgerkriegsähnliche Konflikte vor allem in jenen ehemaligen Sowjetrepubliken ausbrachen, die bis dahin nicht bereit waren, der GUS beizutreten (Georgien, Aserbaidschan) oder ihre Mitgliedschaft aufgeschoben hatten (Moldova)."

"Transnistrien", der - aus westlicher Sicht - jenseits des Flusses Dnjestr gelegene Teil der ehemaligen Moldauischen Sowjetrepublik und *de jure* auch der unabhängigen Republik Moldova, nimmt in mehr als einer Hinsicht eine Sonderstellung in dem neuen Staat ein.

- Unter geschichtlichem Blickwinkel gehörte Transnistrien, das, anders als das klassische Bessarabien und die Bukowina, zwischen den beiden Weltkriegen Teil der Sowjetunion gewesen war, fast siebzig Jahre lang ununterbrochen zum politischen System der Sowjetunion.
- Die demographische Zusammensetzung weicht sich vom Bevölkerungsdurchschnitt der Republik Moldova in signifikanter Weise ab, da Russen und Ukrainer zusammengenommen gegenüber den Rumänen überwiegen. Infolge des ununterbrochenen, langandauernden Assimilationsdrucks sind Ukrainer und Rumänen in Transnistrien kulturell und sprachlich viel stärker russifiziert als der Rest der Bevölkerung Moldovas.

<sup>7</sup>

Sophie Shihab, "L'Europe des brasiers mal éteints. IV: La chape de la 'Pax russica'", in: *Le Monde*, 28.10.1994, und: Olga Alexandrova, "Rußland und sein 'nahes Ausland'", in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.), *Zwischen Krise und Konsolidierung. Gefährdeter Systemwechsel im Osten Europas*, München/Wien 1995, S. 325.

- Transnistrien war und ist von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung für die Republik Moldava. Die Führung in Moskau hatte dieses Gebiet einst gezielt zum Industriestandort innerhalb der Moldauischen Sowjetrepublik ausgebaut und dort vorwiegend russische Arbeiter und Fachkräfte angesiedelt. Rund 80% der Stromerzeugung und der gesamten Industrieproduktion der Republik Moldava wurden auf diesem schmalen Landstreifen erzeugt.
- Der Verbleib Transnistriens im Staatsverbund der Republik ist von einer nicht zu überschätzenden politischen Bedeutung, für die Führung des neuen moldauischen Staates ebenso wie für die Bevölkerung des Landes. Weil sich dieser Staat nicht (eigentlich) national definieren kann, tritt das Konzept der territorialen Integrität in den Vordergrund. Für Moldova kommt ein Verzicht auf Transnistrien nicht in Frage - sehr im Unterschied zu Bukarest, wo sich Führung und Opposition einig darin sind, daß Rumänien keinen historisch begründeten Anspruch auf Transnistrien besitzt.<sup>8</sup>

Hingegen stimmen Vertreter der Regierung und der nationalistischen Opposition in Rußland dabei im wesentlichen mit der Auffassung der Führung der abtrünnigen Republik Transnistrien überein, daß Transnistrien ein Teil Rußlands sei und bleiben müsse. Für den ehemaligen russischen Vizepräsidenten Alexander Ruzkoj, der Transnistrien im März 1992 besuchte, ist das Gebiet "russisches Territorium". Der russische Außenminister Andrej Kosyrew betonte anläßlich der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Moldova, die GUS-Staaten, die jahrhundertlang zur russischen Einflußsphäre gehört hätten, seien eine Region von "vorrangigem lebenswichtigem Interesse für Rußland." Die Verteidigung der Rechte der Russen in den anderen GUS-Staaten, so Kosyrew, stelle eine Priorität der russischen Politik dar, die notfalls auch mit Gewalt durchgesetzt werden müsse.<sup>10</sup> Und der Vorsitzende der Liberaldemokratischen Partei Wladimir Schirinowskij dehnte den Anspruch Rußlands auf die gesamte Republik Moldova und sogar Rumänien aus.<sup>11</sup>

Immer offener wird in Moskau die primär geostrategische Bedeutung Transnistriens für Rußland hervorgehoben. Dort ist die 14. Armee der ehemals sowjetischen, GUS- und schließlich der russischen Armee stationiert, die im Zweiten Weltkrieg - als 46. Armee - an den Kämpfen in der Ukraine, Rumänien, Jugoslawien und Ungarn beteiligt war und im Falle einer Militäroperation der Sowjetunion auf dem Balkan zum Einsatz gekommen wäre.<sup>12</sup> Der Landstreifen östlich des Flusses Dnjestr ist einer der wichtigsten westlichen und südwestlichen strategischen Brückenköpfe der russischen Armee und somit ein höchst wirksamer Hebel in der Hand Rußlands, um nicht nur unmittelbar militärischen Druck auf die Republik Moldova und die Ukraine auszuüben, sondern zugleich seine vorgeschobene Position in Richtung Südost- und Südeuropa sowie den Mittleren Osten zu bewahren.<sup>13</sup> Transnistrien - so Alexander Lebed, der inzwischen abgelöste kommandierende General der dort stationierten 14. russischen Armee - ist "der Schlüssel Rußlands zum Balkan" und "eine strategische Wegkreuzung zwischen der Ukraine, Rumänien

<sup>8</sup> Vgl. Mircea Snegur in: *Moldova Suverană*, 17.10.1991 und: *Literatura și Arta*, Nr. 40, 3.10.1991

<sup>9</sup> Siehe U.Sd., "Vormarsch der Konservativen in Rußland," in: *Neue Zürcher Zeitung*, 27.8.1992.

<sup>10</sup> *Nezavisimaja Gaseta*, 1.4.1992; *Süddeutsche Zeitung*, 18.1.1994.

<sup>11</sup> Zitiert nach Romulus Căpălescu, "Paranoia roșie" (Die rote Paranoia), in: *Adevărul*, 8.10.1992.

<sup>12</sup> Major J. Orr, "14th Army and the Crisis in Moldova", Studie des Soviet Studies Research Centre, RMA Sandhurst vom Mai 1992.

<sup>13</sup> Eine ähnliche Bedeutung als vorgeschobene russische Militärbasis zur Kontrolle Südosteuropas und als Faustpfand gegen eine Westdrift der Ukraine kommt dem ukrainischen Hafen Sewastopol auf der Krim zu; siehe hierzu Wdn., "Die Krim im Spannungsdreieck Kiew-Moskau-Istanbul", in: *Neue Zürcher Zeitung*, 16.11.1995.

und dem Schwarzen Meer. Wenn Rußland dieses Gebiet verläßt, wird es seinen Einfluß in der gesamten Region einbüßen."<sup>14</sup>

Es waren die ungelösten militärischen Probleme der Aufteilung der Bestände und Truppen der ehemaligen Sowjetarmee unter die Nachfolgestaaten nach dem Zerfall der Sowjetunion, die zur militärischen Eskalation des Konflikts in Transnistrien führten.<sup>15</sup> Der Konflikt eskalierte im März 1992 zu einem regelrechten, wenn auch unerklärten Krieg zwischen den Separatisten in Transnistrien und der Republik Moldova.<sup>16</sup> Er begann unmittelbar nachdem Moldova am 2.2. 1992 per Präsidialdekret die Aufstellung einer nationalen Armee bekanntgegeben hatte. Auf seiten der abtrünnigen Republik Transnistrien kämpften Arbeitergarden, separatistische Freischärler, Kosakentrupps mit Unterstützung von Angehörigen der 14. ehemals sowjetischen, GUS- und schließlich russischen Armee gegen schlecht gerüstete Polizeikräfte, Freiwillige und Reservisten aus Moldova. Am 18.3.1992 regelte ein weiteres Präsidialdekret die Übernahme der auf eigenem Territorium befindlichen Militäreinheiten sprich Bestände der ehemaligen Sowjetarmee.<sup>17</sup> Am 1.4.1992 wurde die 14. Armee mit Hauptsitz in Tiraspol, der Hauptstadt der abtrünnigen Republik Transnistrien, der Jurisdiktion des russischen Verteidigungsministers unterstellt, ohne daß die Führung der Republik Moldova konsultiert worden wäre. Mit der im Juli 1992 erfolgten Einsetzung von Alexander Lebed, einem ehemaligen Afghanistankämpfer, zum Kommandeur griff die 14. Armee offen an der Seite der separatistischen Arbeitergarden Transnistriens in die Kämpfe gegen die Zentralregierung in Chişinău ein. Die militärische Unterstützung Rußlands für die Separatisten in Transnistrien wird von einer Anzahl westlicher Beobachter nicht in Zweifel gezogen.<sup>18</sup>

Angesichts der militärischen Niederlage Moldovas unterzeichnete Präsident Snegur am 21.7. 1992 mit Rußland ein Abkommen zur Regelung des Konflikts um Transnistrien, das mit seinen Bestimmungen über die Stationierung von "Friedenstruppen" auf dem Territorium der Republik Moldova eine zusätzliche Verstärkung der russischen Militärpräsenz in der Region brachte. Ein Abzug der Truppen der 14. Armee war darin erst vorgesehen, wenn die Kampfhandlungen beendet sein würden. Das Ende der Kampfhandlungen wiederum war an die Erfüllung der Forderung der abtrünnigen Republik Transnistrien nach "Selbstbestimmung" gebunden. Deren Führung wurde damit faktisch das Recht auf Sezession für den Fall eingeräumt, daß sich im Status der Republik Moldova eine "Veränderung" ergeben sollte. Damit war zweifellos primär die Vereinigung der Republik Moldova mit dem Mutterland Rumänien gemeint - doch der Begriff ist vage formuliert und für künftige Interpretationen offen.<sup>19</sup> Das Sezessionsrecht für Transnistrien hatte auch der russische Außenminister Kosyrew am 6.4.1992 anläßlich der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Moldova gefordert.

---

<sup>14</sup> Alexander Lebed im Russischen Fernsehen am 16.5.1993.

<sup>15</sup> Siehe hierzu die Analyse von Philipp Petersen, "Security Policy in the Post-Soviet Slavic Heartland and Moldova", in: *European Security* Vol. 1, Autumn 1992, Nr. 3, S. 332-350.

<sup>16</sup> Vasile Nedelciuc, *Republica Moldova (Die Republik Moldova)*, Chişinău 1992, S.94; Victor Bârsan, *Masa-crul inocenţilor. Războiul din Moldova, 1 martie - 29 iulie 1992 (Das Massaker der Unschuldigen. Der Krieg in Moldova, 1. März - 29. Juli 1992)*, Bukarest 1993.

<sup>17</sup> General Pavel Creangă, Verteidigungsminister der Republik Moldova, "Armata naţională la trei ani de existenţă (Drei Jahre nationale Streitkräfte)", in: *Moldova Suverană*, 2.9.1995.

<sup>18</sup> Siehe hierzu: U.Sd., "Spekulationen und Dementis am Dnjestr", in: *Neue Zürcher Zeitung*, 10.8.1994: "Seine Macht verdankt Smirnow (der Präsident der separatistischen Dnjestrrepublik) der 14. Armee, die sich im Frühjahr 1992-willig-dazu hergab, den dominierenden slawischen Altstalinisten auf dem linken Ufer beizustehen, als deren angeblich zur Selbstverteidigung aufgestellten 'Dnjestr-Gardisten' bei ihrem Vorstoß von Tiraspol nach Bendery auf den entschlossenen Widerstand moldauischer Polizei- und Armeeeinheiten stieß".

<sup>19</sup> *Radio Moskau*, 6.4.1992.

Bei Vertretern der moldauischen Diplomatie stieß das Abkommen auf Kritik. In seiner Rede vor der UN-Vollversammlung am 8.10.1993 wies Moldovas Außenminister Nicolae Nău darauf hin, daß der Konflikt in Transnistrien nicht, wie von russischer Seite behauptet, ein interethnischer, sondern "ein politischer Konflikt sei, der von der Russischen Föderation zum Vorwand genommen werde, um die fortdauernde Präsenz ihrer Streitkräfte auf dem Territorium unseres Landes zu rechtfertigen." Die Präsenz der 14. Armee in der Region sei das "Haupthindernis für die Lösung des Konflikts". Die Unterstützung Rußlands für das Regime in Transnistrien sei "die hauptsächliche Bedrohung für die Unabhängigkeit, Sicherheit und Integrität der Republik Moldova". Nău wandte sich gegen die als "inakzeptabel" bezeichneten Bemühungen Moskaus um eine "Fortführung und Rechtfertigung seiner militärischen Präsenz auf dem Territorium unabhängiger und souveräner Staaten". Rußland verfolge letztlich das Ziel, die "alten imperialen Strukturen mit dem Segen der internationalen Staatengemeinschaft" wiederherzustellen.<sup>20</sup>

### **Moldova und die GUS: Zurück in die Einflußsphäre Moskaus?**

Bei der Gestaltung der Beziehungen zu Moldova hat die Führung der Sowjetunion und später Rußlands politische und ökonomische Mittel mit dem Ziel eingesetzt, die kleine westliche Republik so bald und so fest wie möglich in neue föderative oder konföderative Strukturen unter Moskauer Ägide einzubinden. Die diplomatische Anerkennung der unabhängigen Republik Moldova erfolgte am 18.12.1991, im Anschluß an die Wahl Mircea Snegur zum Staatspräsidenten und drei Tage bevor Snegur in Alma Ata den Gründungsvertrag der GUS unterzeichnete. Zwar schlossen Rußland und Moldova einen Grundlagenvertrag, doch dieser wurde bisher nur vom Parlament in Chişinău, nicht aber in Moskau ratifiziert, das ihn dreimal zurückwies.<sup>21</sup> Die russische Führung verweist auf die Notwendigkeit, angesichts der "gänzlich neuen politischen Lage" einen neuen bilateralen Vertrag auszuhandeln.<sup>22</sup> Während der Parlamentskrise vom Herbst 1993 hatte Präsident Snegur seinen russischen Amtskollegen Jelzin bedingungslos unterstützt, während die Führung Transnistriens an der Seite der Gegner Jelzins in die Kämpfe um das Weiße Haus eingegriffen hatte. Auf die russische Moldovapolitik hatte dies keine Auswirkungen. Falls Snegur erwartet hatte, in Jelzin einen Verbündeten im Kampf gegen die Führung der separatistischen Republik Transnistrien gewonnen zu haben, so sah er sich enttäuscht.

Um die Eingliederung Moldovas in die GUS zu beschleunigen, nutzt Moskau auch die aus Sowjetzeiten bestehende wirtschaftliche Abhängigkeit der Republik Moldova von Rußland.<sup>23</sup> Im Handelsaustausch mit Moldova spielt die Russische Föderation eine überaus wichtige Rolle.

---

<sup>20</sup> Der Text der Rede wurde mit mehrtätiger Verspätung am 14.10.1993 in der moldauischen Tageszeitung *Moldova Suverană* veröffentlicht.

<sup>21</sup> Siehe Dinu Mihail, "Ultimul interview - de până acum! - al lui P. Lucinschi" (Das vorerst letzte Interview P. Lucinschis), in: *Tineretul Liber*, 7.7.1993.

<sup>22</sup> Liana Petrescu, "Tratativele româno-ruse în impas (Die rumänisch-russischen Verhandlungen in der Sackgasse)", in: *Cotidianul*, 6.12.1994.

<sup>23</sup> Diese Staaten "spürten deutlich, daß sie mit allein nationalen Mitteln nicht in der Lage sein würden, die ihre territoriale Integrität bedrohenden Konflikte zu beherrschen und in ihrem Sinne zu beenden. Diese Einsicht ist zum einen Ergebnis der gravierenden innenpolitischen und militärischen Schwächen dieser Staaten, zum anderen aber auch Folge gezielter russischer Politik. Im Rahmen direkter und indirekter Einflußnahmen sowie eines Wechselspiels gezielter Hilfszusagen bzw. Hilfsverweigerungen Rußlands haben diese Krisen einen Punkt erreicht, an dem sowohl politische als auch militärische Begrenzungs- und Lösungsversuche unumstößlich von russischer Hilfeleistung abhängig sind." Zitiert nach: Heinrich Tiller, "Die militärpolitische Entwicklung in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion", in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.), *Zwischen Krise und Konsolidierung. Gefährdeter Systemwechsel im Osten Europas*, München/Wien 1995, S. 354.

Zum einen ist das rohstoffarme Land gezwungen, 98% seines Energiebedarfs von Rußland und der Ukraine zu beziehen, während im Jahre 1994 46% seiner Exporte nach Rußland und 16,4% in die Ukraine gingen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise und nicht zuletzt die von Moskau 1993 erhobenen Strafzölle für Warenlieferungen aus Moldova haben zum Anwachsen eines Schuldenbergs in Höhe von rund 250 Mio. US-\$ gegenüber Rußland geführt. Die Folge: Bereits 1994 mußte Moldova 70% der Aktien seiner auf russischem Territorium befindlichen Weinkellereien sowie Firmenanteile aus dem Bereich der Elektronikindustrie und des militärisch-industriellen Komplexes an Rußland verpfänden.<sup>24</sup> Auf dem Territorium Moldovas hat sich Rußland seinerseits einige "Sahnestücke" gesichert, nicht zuletzt 51% der durch das Territorium der Republik Moldova führenden Erdgasleitung zwischen Rußland und Europa; die der russische Energiekonzern Gasprom aufgekauft hat, ebenso eine Anzahl weiterer attraktiver Industriebetriebe.<sup>25</sup> In einem Verhandlungsprotokoll haben Rußland und Moldova kürzlich ihre Eigentumsrechte an Unternehmen auf dem Territorium des jeweils anderen Staates festgeschrieben. Es ist das erste derartige Abkommen zwischen zwei Mitgliedsstaaten der GUS.<sup>26</sup> Es wird allerdings noch einige Zeit dauern, bevor Moldova sich aus seiner Energieabhängigkeit von Rußland lösen kann. Diesem Ziel soll der geplante Bau eines Erdölterminals in Giurgiuleşti an dem nur rund 1 km langen Teilstück Moldovas am Flußlauf der Donau dienen. Das Projekt soll in Zusammenarbeit mit einer griechischen Firma und mit Hilfe eines Kredits der EBRD realisiert werden. Dann könnte Rohöl aus dem Iran oder aus westlichen Staaten, das in rumänischen Raffinerien verarbeitet würde, nach Moldova importiert werden.<sup>27</sup>

Die Geschichte der Einbeziehung Moldovas in die GUS durchlief mehrere Phasen. Nach 1989 hatten das Parlament und die Regierung Moldovas, die anfangs von der national-rumänisch orientierten *Moldauischen Volksfront* dominiert waren, sich dem Druck Moskaus auf eine Wiederherstellung dieser Strukturen in Form der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten GUS widersetzt. Als Vorbild dienten die baltischen Staaten, nicht zuletzt weil sie - ebenso wie der Osten der historischen rumänischen Provinz Moldau - unter dem geheimen Zusatzprotokoll zum Hitler-Stalin-Pakt von der Sowjetunion annektiert worden waren. Im März 1991 boykottierte die Führung in Chişinău das Referendum über die Beibehaltung der Sowjetunion, am 23.4.1991 verweigerte sie in Nowo Ogarjowo ihre Unterschrift unter den erneuerten Unionsvertrag.

Seit jedoch klar geworden war, daß Moldova mit dem rasch voranschreitenden Unabhängigkeitsprozeß im Baltikum nicht Schritt halten konnte, versuchte die Führung in Chişinău, ihre Politik in Übereinstimmung mit dem Vorgehen der Ukraine zu gestalten. In der Tat legen Moldova und die Ukraine in der Frage der Zusammenarbeit mit der GUS besonderen Wert auf die "Gewährleistung ihrer staatlichen Unabhängigkeit und die Erhaltung des staatenbündischen Charakters der GUS".<sup>28</sup> Auf der außerordentlichen Tagung der Staatsoberhäupter der GUS am 14.5.1993 in Moskau wurden die Ordnungen über das Koordinations- und Konsultativkomitee und das Exekutivsekretariat nur mit den Vorbehalten der Ukraine und der Republik Moldova angenommen. In der Frage der Eingliederung in die Sicherheitsstrukturen der GUS ist eine weitgehende Übereinstimmung festzustellen. Weder die Republik Moldova noch die Ukraine haben den am 15.5.1992 in Taschkent geschlossenen kollektiven Sicherheitspakt der GUS mitunterzeichnet. Naturgemäß waren sie auch nicht unter den Unterzeichnerstaaten des Protokolls über

<sup>24</sup> "Acţiunile întreprinderilor rentabile au fost oferite drept garanţie Rusiei (Die Aktien der rentablen Betriebe wurden Rußland als Garantien angeboten)", in: *Azi*, 29.8.1994.

<sup>25</sup> Christiane Hoffmann, "Die Sahnestücke in russischer Hand", in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.9.1995.

<sup>26</sup> *Finansovye Izvestija*, 14.11.1995.

<sup>27</sup> Ion Sofronie, "Se conturează ideea terminalului de la Giurgiuleşti (Die Idee des Terminals von Giurgiuleşti nimmt Gestalt an)", in: *Moldova Suverană*, 26.4.1995.

<sup>28</sup> Boris Meissner, "Das politische Paktsystem innerhalb der GUS", in: *Osteuropa Recht* 40 (1994) 4, S. 240.

das Oberkommando der Vereinten Streitkräfte (9.10.1992 in Bischkek) und des Abkommens über die Ordnung des Rates der Verteidigungsminister der GUS (22.1.1993 in Minsk) zu finden. An der gemeinsamen Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der Teilnehmer des kollektiven Sicherheitspakts (24.8.1993) nahmen die Vertreter Moldovas und der Ukraine als Beobachter teil. Desgleichen verweigerten beide Staaten ihre Unterschrift unter multilaterale Vereinbarungen über Fragen der Grenzen und des Grenzschutzes. Auf dem im Februar 1992 in Minsk abgehaltenen GUS-Gipfel sprach sich die Delegation Moldovas gegen die Bildung eines gemeinsamen Oberkommandos der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten aus.

Unter erheblichem Druck Moskaus und gedrängt vom Westen trat Moldova im November 1991 dem Abkommen über die Bildung einer Wirtschaftsgemeinschaft der UdSSR bei. Die Integration des Landes in die GUS wollte Snegur jedoch nicht zum Nulltarif anbieten, vielmehr versuchte er, ähnlich wie Rumänien gegenüber dem Warschauer Pakt und dem RGW in den 60er und 70er Jahren, einen Sonderstatus für Moldova auszuhandeln. Im politischen Windschatten der Ukraine und mit westlicher Unterstützung strebte Snegur wirtschaftliche Vorteile innerhalb der GUS und zugleich die Öffnung nach Westen an.<sup>29</sup>

Zwar unterzeichneten Moldova und Rußland am 14.5.1993 in Moskau eine Absichtserklärung über die Vertiefung der ökonomischen Zusammenarbeit innerhalb der GUS, doch erwies sich die Frage der Ratifizierung des Beitrittsprotokolls von Alma Ata als schwierig. Das Parlament der Republik Moldova war für Snegur unberechenbar geworden, seit der Boykott der Abgeordneten aus den abtrünnigen Gebieten Transnistrien und Gagausien in der Kammer zu einer Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten der aus der Volksfront hervorgegangenen Opposition geführt hatte. Die demokratische Opposition konnte alle legislativen Vorhaben des Präsidenten, von der Verabschiedung einer neuen Verfassung bis hin zu einem neuen Wahlgesetz, mit ihrem Veto belegen. Snegurs Absicht, das Volk in einem Referendum über Unabhängigkeit oder GUS-Beitritt entscheiden zu lassen, konnte er ebenfalls nicht verwirklichen.<sup>30</sup>

Moskau drängte inzwischen verstärkt auf die Ratifizierung des Beitrittsprotokolls und drohte mit dem Ausschluß Moldovas aus der GUS.<sup>31</sup> Die am 4.8.1993 durchgeführte Abstimmung im Parlament von Chişinău, bei der ausnahmsweise auch die Parlamentarier aus den abtrünnigen Gebieten Transnistrien und Gagausien anwesend waren, scheiterte.<sup>32</sup>

Daraufhin machte Moskau seine Drohungen wahr und schloß Moldova von den Zoll- und Steuerpräferenzen für GUS-Mitgliedsstaaten aus - wohl um der Bevölkerung Moldovas die dramatischen Konsequenzen der Nichtratifizierung des GUS-Beitritts vor Augen zu führen. Am 24.9.1993 setzte dann Präsident Snegur auf dem Moskauer Treffen der Staatschefs der GUS-Staaten seine Unterschrift unter die Beitrittserklärung seines Landes zur Wirtschaftsunion der GUS. Auf GUS-Gipfel dem vom Dezember 1993 in Aschchabad wurde der Termin für die Ra-

---

<sup>29</sup> Anfang September verhandelte der moldauische Premierminister Sangheli in Bukarest mit Rumänien über die Gewährung von Krediten, während Präsident Snegur zur gleichen Zeit in Moskau Finanzhilfe von Rußland anforderte. Siehe hierzu: Ion Cristoiu, "Un sacrificiu inutil" (Ein nutzloses Opfer), in: *Evenimentul Zilei*, 3.9.1993 und: Anton Uncu, "Baciul de dincolo de Prut" (Der Hirte jenseits der Pruth), in: *România Liberă*, 27.1.1993.

<sup>30</sup> Siehe hierzu: "Dispută aprigă în legatură cu aderarea la CSI" (Scharfer Disput über den Beitritt zur GUS), in: *Dreptatea*, 31.12.1992.

<sup>31</sup> Siehe dazu Erik Whitlock, "Obstacles to CIS Economic Integration," in: *RFE/RL Research Report*, Vol. 2, Nr. 27, 22.7.1993; Aussage des Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses des moldauischen Parlaments Alexandru Buruiană, zitiert nach: *RFE/RL News Briefs*, 19.-23. July 1993.

<sup>32</sup> Beide Provinzen erklärten daraufhin ihre Bereitschaft, der GUS unabhängig von der Republik Moldova auch weiterhin anzugehören: *DPA*, 12.8.1993 und *RFE/RL News Briefs*, 6.-10.9.1993.

tifizierung durch das Parlament der Republik Moldova auf den März 1994 festgesetzt.<sup>33</sup> Anfang April 1994 wurde die Ratifizierung dann durch das neue, am 27. Februar gewählte Parlament vorgenommen, in dem Agrarpartei und Sozialisten die absolute Mehrheit der Sitze errungen hatten. Die von dieser Volksvertretung im Februar 1995 angenommenen außenpolitischen Leitlinien gehen jedoch hinsichtlich der angestrebten "Vertiefung der Beziehungen innerhalb der GUS" sehr weit. Das "Endziel dieser Zusammenarbeit ist die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes".<sup>34</sup>

## **Rumänien: Vereinigung mit Moldova nicht Staatsziel**

Die nach der politischen Wende vom Dezember 1989 von unterschiedlichen politischen Akteuren so oft beschworene "Gefahr" einer Vereinigung Rumäniens mit seinen von der Sowjetunion annektierten Ostgebieten war zu keinem Zeitpunkt wirklich gegeben. Der rumänische Präsident Ion Iliescu und sein moldauischer Amtskollege Mircea Snegur haben nie einen Zweifel daran gelassen, daß die Führungen der beiden rumänischen Staaten eine Vereinigung ihrer beiden Länder nicht anstreben. "Eine Annexion der Republik Moldova durch - oder eine Wiedervereinigung mit Rumänien", so der frühere rumänische Außenminister Adrian Năstase, "steht nicht zur Debatte, weder von unserer noch von ihrer Seite".<sup>35</sup>

Damit war die neue, nachrevolutionäre rumänische Führung hinter die von der nationalkommunistischen Führung vor 1989 eingenommenen Positionen zurückgegangen. Diese hatte die Frage der annektierten Ostgebiete seit Beginn der außenpolitischen Absetzbewegung des Landes von Warschauer Pakt und RGW wiederholt in mehr oder minder verhüllter Form angesprochen. Seit Januar 1988 hatte der im Dezember 1989 gestürzte rumänische Diktator Nicolae Ceauşescu mehrmals die Verurteilung und Annullierung des Hitler-Stalin-Pakts mitsamt seinen Folgen gefordert und damit - aus sowjetischer Sicht - die Territorialfrage gestellt.

Die Vereinigung der Republik Moldova mit Rumänien ist nicht erklärtes rumänisches Staatsziel. In dem neuen, im November 1991 verabschiedeten rumänischen Grundgesetz findet sich kein Hinweis auf ein entsprechendes rumänisches Verfassungsziel. Präsident und Exekutive haben den Hitler-Stalin-Pakt zu keinem Zeitpunkt offiziell für nichtig erklärt. Erst unter dem wachsenden Druck der Öffentlichkeit und der parlamentarischen Opposition verabschiedete das rumänische Parlament am 24.6.1991 eine "Resolution zum Molotow-Ribbentrop-Pakt", worin der Hitler-Stalin-Pakt als von Anfang an für null und nichtig erklärt und die "brutale Verletzung der staatlichen Souveränität, der Unabhängigkeit und der territorialen Integrität Rumäniens "im Zuge der daraufhin erfolgten gewaltsamen Besetzung Bessarabiens durch die Sowjetunion" verurteilt wurde.

Auch hat die neue rumänische Führung vor der Konstituierung der unabhängigen Republik Moldova weder in bilateralen Verhandlungen noch vor internationalen Gremien offiziell einen Rechtsanspruch auf Rumäniens von der Sowjetunion annektierte Gebiete angemeldet. Im Gegenteil: Als erster und einziger Staat des inzwischen aufgelösten Warschauer Pakts unterzeichnete Rumänien nach der Wende im April 1991 einen bilateralen Vertrag "über Zusammenarbeit, gute Nachbarschaft und Freundschaft" mit der Sowjetunion, worin die Frage der sowjetisch annektierten Ostgebiete überhaupt nicht angesprochen wurde.<sup>36</sup> Der Grundlagenvertrag wurde

<sup>33</sup> Vitalie Roşioru, "Conţinutul politic al discuţiilor de la Asgabat e trecut sub tăcere" (Der politische Gehalt der Debatten in Aschabad wird mit Schweigen übergangen), in: *Observatorul de Chişinău*, 11.1.1994.

<sup>34</sup> *Cotidianul*, 13.2.1995.

<sup>35</sup> Interview mit der Wochenzeitung *Profil*, 4.3.1991.

<sup>36</sup> *Adevărul*, 11.4.1991.



dem rumänischen Parlament nie zur Ratifizierung vorgelegt und gilt nach dem Zerfall der Sowjetunion als hinfällig.

Nach dem Fehlschlag des Moskauer Putschversuchs erkannte Rumänien am 27.8.1991 die Unabhängigkeit der Republik Moldova an. Mit der offiziellen Anerkennung der neuen moldauischen Staatlichkeit, so ein Pressekommentar, habe die rumänische Führung *de facto* die Unabhängigkeit eines Teils seines Territoriums anerkannt und damit den völkerrechtlichen Anspruch Rumäniens auf seine ehemaligen Ostgebiete endgültig verspielt. Dadurch sei im nachhinein auch deren Annexion unter dem Hitler-Stalin-Pakt abgesegnet worden.<sup>37</sup> Die Einschätzung, derzufolge sich die Rechtslage für Rumänien mit dem Akt der Anerkennung der Republik Moldova grundlegend geändert habe, bestätigte im Rückblick auch der damalige rumänische Außenminister Adrian Năstase.<sup>38</sup>

In der Bevölkerung Rumäniens ist die anfängliche Begeisterung für eine Vereinigung mit Moldova langsam aber sicher einer gewissen Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal ihrer "rumänischen Brüder" jenseits des Pruth gewichen. Zwar konnten nach 1989 vielfältige Begegnungen zwischen Historikern, Schriftstellern und Künstlern beiderseits des Flusses Pruth stattfinden, die ihren Niederschlag in zahlreichen Publikationen und Veranstaltungen gefunden haben. Zugleich distanziert sich aber ein Teil der rumänischen Intellektuellen mit Blick auf das von einem breiten Konsens getragene Ziel der Westintegration Rumäniens zunehmend von klassischen nationalen Postulaten und Positionen, auch und nicht zuletzt in der Moldova-Frage.

In der Republik Moldova wiederum war und ist das erklärte Staatsziel der Führung nicht die Vereinigung mit Rumänien, sondern eine unabhängige Republik und deren territoriale Integrität in den Grenzen der ehemaligen Moldauischen Sowjetrepublik. In den Beziehungen zu Rumänien, so Präsident Mircea Snegur, strebt Moldova die wirtschaftliche und geistig-kulturelle "Integration" mit Rumänien an - für eine territoriale oder staatliche Integration hat er sich niemals ausgesprochen.<sup>39</sup>

Nach den Präsidentschaftswahlen kam es zu grundlegenden Veränderungen des innenpolitischen Spektrums in Moldova. Die Parlamentsfraktion der *Moldauischen Volksfront* bröckelte ab, ihr zugehörige Politiker wurden aus dem Amt gedrängt oder traten zurück. Zugleich kehrten mehrere ehemalige prominente Funktionäre der moldauischen KP in Spitzenfunktionen zurück. Andrei Sangheli wurde neuer Ministerpräsident, Petru Lucinschi übernahm den Posten des Parlamentspräsidenten.<sup>40</sup>

Der Führungswechsel wirkte sich unmittelbar negativ auf die Beziehungen zwischen Rumänien und der Republik Moldova aus. Die Führung in Chişinău versuchte, die mit Bukarest vereinbarten regelmäßigen Konsultationen im Rahmen der interministeriellen Komitees zu verschleppen.<sup>41</sup> Mit der Krise in den politischen Beziehungen kam auch die rumänisch-moldauische Zusammenarbeit im Bereich von Wirtschaft und Kultur ins Stocken. Bereits vereinbarte Integrationsprojekte konnten - mit Ausnahme begrenzter Vorhaben auf dem Sektor der Infrastruktur - bisher nicht in die Praxis umgesetzt werden. Zwar hatten die Verteidigungsminister Rumäniens und der Republik Moldova noch im Dezember 1992 ein Militärabkommen unterzeichnen können, doch bald danach wurden die moldauischen Offiziere von den rumänischen Militärhochschulen zurückzubeordert.

<sup>37</sup> Dan Apostol in: *Baricada* 14, 13.4.1992.

<sup>38</sup> Gespräch mit Roland Eggleston von *Radio Free Europe*, 12.12.1991. Abgesehen von der Frage der Rechtsnachfolge ergäbe sich eine völlig absurde Situation: Ein Staat würde damit Territorialforderungen gegen ein widerrechtlich von ihm abgetrenntes Teilgebiet stellen, das sich als unabhängiger Staat konstituiert hat.

<sup>39</sup> Siehe Interview Mircea Snegurs in: *Expres*, 20.-26.7.1993.

Im öffentlichen Bewußtsein Moldovas ist die Vereinigung mit Rumänien kein Thema. Mit Ausnahme der in der *Moldauischen Volksfront* engagierten Historiker und Literaten ist die vorwiegend aus der ehemaligen Sowjetnomenklatura hervorgegangene herrschende Elite der Republik Moldova an einer Vereinigung Moldovas mit Rumänien, die ihre Machtpositionen und Privilegien gefährden würde, nicht interessiert. Das Gros der moldauischen Intelligenz zählt dank kulturell und sprachlich bedingter Minderwertigkeitskomplexe mehrheitlich ebenfalls nicht zu den Verfechtern einer Vereinigung. Die rumänische Mehrheitsbevölkerung ist infolge jahrzehntelanger antirumänischer Sowjetpropaganda einer Vereinigung mit Rumänien größtenteils abgeneigt. Meinungsumfragen in Moldova lassen einen kontinuierlichen Rückgang der Unionisten von 9,4% (1992) auf 7,7% (1993) und schließlich 5,6% (1994) erkennen.<sup>42</sup>

## Driftet Moldova nach Osten?

Am Vorabend der moldauischen Parlamentswahlen vom Februar 1994 steigerten sich die Irritationen in Chişinău zur offenen Kampagne gegen Rumänien. Nun rückte die Führung in Chişinău von Positionen ab, die sie im Zuge der nationalen Renaissancebewegung nach 1988 eingenommen hatte. Maßgebliche Vertreter der Agrarpartei verneinen erneut die ethnische Identität zwischen der Bevölkerung der Republik Moldova und Rumänien. Statt dessen propagieren sie erneut die These der "Eigenstaatlichkeit" Moldovas, die allerdings vorwiegend zur Abgrenzung von Rumänien, nicht aber von den Staaten der GUS eingesetzt wurde.<sup>43</sup> Petru Lucinschi, der alte und neue Parlamentspräsident Moldovas, drohte sogar damit, die von der moldauischen Opposition angeblich angestrebte Vereinigung mit Rumänien würde "den sicheren Weg in den Krieg" bedeuten. Damit, so Lucinschi, würde Moldova zu einem zweiten Jugoslawien.<sup>44</sup>

Am 27.2.1994 fanden in der Republik Moldova vorgezogene Parlamentswahlen statt. Dabei erzielte die *Demokratische Agrarpartei* mit 43,18% der Stimmen, der Block aus *Sozialistischer Partei* und der Bewegung '*Jedinstwo*' 22%, während zwei oppositionelle Gruppierungen, der *Block der Bauern und Intellektuellen* mit 9,21% und die *Allianz der Christdemokratischen Volksfront* mit 7,53% weit abgeschlagen wurden. Im neuen Parlament stehen den starken Kräften der Ostoption und des Beharrens in der Einflußzone Moskaus, verkörpert durch *Agrar-*

<sup>40</sup> Andrei Sangheli, geboren 1944; Absolvent des Agronomieinstituts in Chişinău und der Parteihochschule in Kiew, Direktor einer Staatsfarm und zweiter Rayonsparteisekretär in Transnistrien, danach Aufstieg zum Landwirtschaftsminister und Stellvertretenden Ministerpräsidenten (1986-1992), Mitglied des Politbüros des ZK der Moldauischen KP und Mitglied des ZK der KPdSU (1990-1992), Verhandlungsführer des moldauischen Parlaments bei den Vermittlungsgesprächen mit Führern der abtrünnigen Provinzen Transnistrien und Gagausien (1990-1992), Premierminister (seit September 1992; Petru Lucinschi, geboren 1940, Absolvent der Universität von Chişinău und der Parteihochschule in Moskau, Erster Sekretär des Komsomols der Moldauischen Sozialistischen Sowjetrepublik (1967-1971), für Ideologiefragen zuständiger Sekretär der Moldauischen KP (1971-1976), stellvertretender Leiter der Propagandaabteilung der KPdSU (1978-1986), zweiter Sekretär der KP Tadschikistans (1986-1989), Vollmitglied des ZK der KPdSU (seit 1989) und Erster Sekretär der Moldauischen KP (1989-1991), Sekretär für Ideologiefragen des ZK der KPdSU (1991) und Mitglied des Politbüros der KPdSU. Nach dem Augustputsch 1991 Vorsitzender einer Kommission zur Verwaltung des Vermögens der KPdSU, Abgeordneter im Parlament der Republik Moldova, Botschafter Moldovas in Rußland (Mai 1992 bis Februar 1993).

<sup>41</sup> Vgl. Corneliu Radu, "Guvernul amână după alegeri reuniunea interministerială (Die Regierung verschiebt die interministerielle Zusammenkunft auf die Zeit nach den Wahlen)", in: *Observatorul de Chişinău*, 18.2. 1994.

<sup>42</sup> *Nezavisimaja Moldova*, 7.9.1994.

<sup>43</sup> Siehe hierzu die Analyse von Claus Neukirch, "Verfassungstreit und Wahlkampf: Zur aktuellen politischen Situation in der Republik Moldau", in: *WGO Monatshefte für Osteuropäisches Recht* 37 (1995) 1-2, S. 102-106.

<sup>44</sup> Siehe *RFE/RL News Brief*, 24.-28.1.1994.

*demokraten* und *Sozialisten*, die vergleichsweise schwachen Anhänger einer Politik der Annäherung Moldovas an die Wirtschafts- und Sicherheitsstrukturen des Westens (einschließlich Rumäniens) gegenüber.<sup>45</sup>

Unmittelbar nach Abhaltung der Parlamentswahlen wurden die Bürger Moldovas erneut an die Urnen gerufen. In einem als "soziologische Befragung" und "Beratung mit dem Volk" bezeichneten *de facto*-Referendum sollten sie die folgende Frage beantworten: "Sind Sie dafür, daß die Republik Moldova sich als unabhängiger, unteilbarer Staat in den am Tage der Unabhängigkeitserklärung bestehenden Grenzen entwickelt, der eine Politik der Neutralität verfolgt, mit allen Staaten der Welt zum gegenseitigen Vorteil zusammenarbeitet und allen Bürgern gleiche Rechte garantiert, wie es die Normen des Völkerrechts vorsehen?" 95% der Teilnehmer an der Volksbefragung - die Beteiligung lag mit 75,1% der wahlberechtigten Bürger Moldovas ungefähr ebenso hoch wie bei den Parlamentswahlen - stimmten mit "ja".<sup>46</sup>

Im Anschluß an die Wahlen ratifizierte das neu gewählte, mehrheitlich aus Vertretern der *Demokratischen Agrarpartei* und der *Sozialisten* gebildete Parlament in Chişinău am 8.4.1994 den Beitrittsbeschluß Moldovas zur Wirtschaftsunion der GUS. Auch die von der russischen Minderheit kritisierte 1989 erlassene Sprachgesetzgebung, worin Rumänisch zur Landessprache erklärt und Sprachtests für Inhaber leitender Positionen eingeführt worden waren, wurde aufgehoben, die alte, mit der rumänischen Hymne identische moldauische Staatshymne abgeschafft. In der neuen Verfassung, die das Parlament der Republik gab, wird das Postulat der gemeinsamen kulturellen Identität des moldauischen mit dem rumänischen Volk, die wichtigste Errungenschaft der nach 1989 geführten Unabhängigkeitspolitik, wieder aufgegeben. Im Gegenzug erhoffte sich die moldauische Führung die Unterstützung Moskaus bei der Lösung seiner Territorialprobleme, insbesondere des Transnistrien-Problems.<sup>47</sup>

## **Innenpolitische Polarisierung in Moldova vor Präsidentschaftswahlen**

Die Maßnahmen der neuen moldauischen Regierung führten zu neuen innenpolitischen Spannungen, die sich im Frühjahr 1995 in Studentenprotesten entluden. Ein Jahr nach den Parlamentswahlen sieht sich die regierende Partei der Agrardemokraten unüberbrückbaren Spannungen zwischen rivalisierenden Gruppierungen und Führungspersönlichkeiten ausgesetzt. Beobachter sprechen von einem "Dualismus der Macht" zwischen Parlamentspräsident Petru Lucin-schi und Ministerpräsident Andrei Sangheli einerseits und dem Republikpräsidenten Mircea Snegur andererseits. Erstere stützen sich auf eine Gruppe reformfeindlicher, auf Moskau und die GUS orientierter Agrardemokraten, die im Parlament in Abstimmung mit der *Sozialistischen Partei* und der *Bewegung "Jedinstwo"* agieren, die Gruppe um Snegur hingegen - 11 Abgeordnete der 'Agrarpartei - und eine noch nicht bekannte Anzahl Vertreter der örtlicher Verwaltungsorgane - wird als eher westlich orientiert und reformfreundlich eingestuft.<sup>48</sup> Im Anschluß an den Besuch Präsident Snegurs in den USA brach der Konflikt im März 1995 offen aus, als sich Snegur - ähnlich wie schon 1989 - auf die Seite der protestierenden nationalen Opposition schlug und sich deren Forderungen nach einer Revision der erst 1994 revidierten moldauischen

<sup>45</sup> Anneli Ute Gabanyi, "Die Parlamentswahlen in Moldova vom 27.2.1994", in: *Südosteuropa* 43 (1994 8, S. 453-477.

<sup>46</sup> *DPA*, 9.3.1994.

<sup>47</sup> *BASA-Press*, 1.3.1994.

<sup>48</sup> "Cine conduce azi Moldova (Wer führt Moldova heute)" in: *Azi*, 3.10.1995; Christiane Hoffmann, "Die Sahnestücke in russischer Hand", in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.9.1995, und Ilie Lupan, "Mircea Snegur demisionează din partidul de guvernământ (Mircea Snegur tritt aus der Regierungspartei aus)", in: *Cotidianul*, 27.6.1995.

Verfassung zu eigen machte.<sup>49</sup> Nun trat er erneut für die Anerkennung der rumänischen (anstatt der "moldauischen") Identität des moldauischen Volkes und des Rumänischen (anstelle des "Moldauischen") als der Staatssprache Moldovas ein. Am 26.6.1995 erklärte Präsident Snegur seinen Austritt aus der Demokratischen Agrarpartei. Im Parlament kritisierte er die "präsidentenfeindliche" und "antinationale" Politik der Agrarpartei, deren führende Vertreter Reformen und wirtschaftliche Integration mit dem Westen in Frage stellten. Stattdessen behaupteten sie, Moldova könne nur innerhalb der GUS existieren und sich fortentwickeln.<sup>50</sup>

Gemeinsam mit elf ehemaligen Abgeordneten der Agrarpartei gründete Präsident Snegur die *Partei der Wiedergeburt und der Versöhnung*. Das Programm der neuen Präsidialpartei, die Anfang September ihren ersten Kongreß abgehalten hat, weist Snegur als Reformen, gemäßigten Patrioten und Europäer aus. Indem er sich von der regierenden *Demokratischen Agrarpartei* kritisch distanziert, kann Snegur für sich und seine neue Partei den Zustand politischer Unschuld reklamieren und eine Mitschuld an der wirtschaftlichen Misere ebenso von sich weisen wie für die Leiden des Krieges um Transnistrien. Zugleich tritt Snegurs Partei für die Schaffung einer Präsidialrepublik mit klarer Gewaltentrennung ein - was ihr seitens der Agrarpartei den Vorwurf der geplanten Errichtung eines autoritären Regimes in Moldova eingetragen hat.<sup>51</sup>

### **Rumäniens Moldaupolitik: Neue Töne oder neuer Kurs?**

Das Jahr 1992 brachte in Rumänien eine Veränderung der politischen Gleichgewichte zwischen Regierung und Opposition. Bei den ersten freien Kommunalwahlen Anfang 1992 waren die Parteien der oppositionellen *Demokratischen Konvention*, die seit 1989 für eine Politik der Vereinigung Rumäniens mit Moldova eingetreten waren, erstaunlich erfolgreich gewesen. Die regierende *Front der Nationalen Rettung* spaltete sich. Die auf den Präsidenten eingeschworene Regierungspartei wollte sich im Wahljahr nicht der Gefahr aussetzen, dem unterschwellig vorhandenen und in der oppositionellen Presse wiederholt geäußerten Verdacht des nationalen Ausverkaufs an Moskau neue Nahrung zu geben.

Den Ausschlag gab die Haltung der rumänischen Armee und Diplomatie. Verteidigungsminister Nicolae Spiroiu und Außenminister Teodor Meleşcanu, beide parteilos, verfolgten eine auf Integration in die politischen und militärischen Strukturen des Westens ausgerichtete Linie. Sie sprachen eine deutliche Sprache. Außenminister Meleşcanu kritisierte russische Versuche, "unter dem Deckmantel der GUS die ehemalige Sowjetunion mit einer gemeinsamen Verteidigungs- und Wirtschaftspolitik wiederzuerstatten." In der Eingliederung Moldovas in eine solche Gemeinschaft sah er "eine Negation der rumänischen Außenpolitik", die auf der Existenz zweier unabhängiger rumänischer Staaten beruhe. Wenn Moldova sich in die GUS integriere, werde einer der beiden unabhängigen rumänischen Staaten verschwinden.<sup>52</sup> Auch die Gefahr einer Machtübernahme durch "nationalpatriotische" Kräfte in Moskau, die versucht sein könnten, die Vorherrschaft Rußlands über die baltischen Länder und die Republik Moldova wiederherzustellen, wollte er nicht außer Betracht lassen.<sup>53</sup>

<sup>49</sup> Eine ausführliche Analyse der Studentenbewegung in: *Generația*, 3.-10.5.1995.

<sup>50</sup> *Infotag*, 26.6.1995.

<sup>51</sup> Vitalia Pavlicenco, Ilie Lupan, "La congresul partidului prezidențial sala I-a aplaudat pe Mircea Snegur, care a condamnat politica antinațională a P.D.A.M. (Beim Kongress der Präsidialpartei applaudierte der Saal Mircea Snegur, der die antinationale Politik der *Demokratischen Agrarpartei Moldovas* verurteilte)", in: *Mesagerul*, Nr. 34, 31.8.1995, und *Flux*, 8.9.1995.

<sup>52</sup> Interview des rumänischen Außenministers Teodor Meleşcanu in *Le Monde*, 16. Januar 1993.

<sup>53</sup> A.O., "Rumänien hofft auf die europäische Integration", in: *Neue Zürcher Zeitung*, 27.3.1993.

Der sich abzeichnenden Tendenz der moldauischen Führung, dem wachsenden Druck Moskaus nachzugeben, begegnete die rumänische Führung mit einer Mischung aus wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen. Rumänien, so Staatspräsident Ion Iliescu, werde Moldova "von souveränem Staat zu souveränem Staat" Hilfe leisten und sich "brüderlicher Solidarität" befleißigen.<sup>54</sup> Beim Besuch Präsident Snegur in Bukarest im Juli 1993 sollten die Weichen mit großzügigen Hilfsangeboten und der Aussicht auf erweiterte wirtschaftliche Zusammenarbeit gestellt werden. Zu den neuen Projekten gehörte die Schaffung einer freien Wirtschaftszone in der Nähe von Jassy, Eröffnung einer rumänisch-moldauischen Gemeinschaftsbank, Einrichtung gemeinsamer Handelskammern in Bukarest und Chişinău, Teilnahme Moldovas am rumänischen Kernenergieprogramm, Öffnung neuer Grenzübergänge, Projekte im Bereich des Eisenbahnbaus und der Schifffahrt auf dem Grenzfluß Pruth etc. Damit wollte die rumänische Regierung signalisieren, daß Moldova auf Rumänien als eine wirtschaftliche und diplomatische Alternative zählen könne für den Fall, daß die Reformpolitik in Rußland Schiffbruch erleiden würde. Die Führung der Republik Moldova wollte sich durch die Hilfe aus Bukarest jedoch nicht vom einmal gewählten GUS-Kurs abbringen lassen. Rumänien, so verlautete aus Chişinău, stelle keine wirtschaftliche Alternative zum Beitritt zu einer GUS-Wirtschaftsunion dar, es hinge ebenso wie Moldova am Tropf der Brennstofflieferungen aus Rußland.<sup>55</sup>

Nach den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vom Herbst 1992, bei denen Präsident Ion Iliescu so genannte *Partei der Sozialen Demokratie* ihre absolute Mehrheit verloren hatte, zeichnete sich eine immer deutlichere Wende in der rumänischen Moldova-Politik ab. Die neue außenpolitische Linie der rumänischen Führung war gekennzeichnet durch

- Offenhalten der Option Rumäniens auf eine - ausschließlich friedliche - Vereinigung mit Moldova;
- Hinweis auf die Unrechtmäßigkeit der Annexion Bessarabiens und der Bukowina durch die Sowjetunion;
- Bestehen der rumänischen Diplomatie bei Verhandlungen über den Abschluß von Grundlagenverträgen mit Moldova, der Ukraine und der Russischen Föderation auf einem Passus bezüglich der Unrechtmäßigkeit des Hitler-Stalin-Pakts und seiner Folgen;
- Unterstützung der Rumänen im Ausland.

Die in Chişinău nach den Wahlen betriebene Politik, insbesondere die Ratifizierung des GUS-Beitritts, rief in Bukarest Besorgnis hervor. Im Juli 1994 reiste der rumänische Außenminister Teodor Meleşcanu an der Spitze des *Interministeriellen Komitees für die Beziehungen zur Republik Moldova* nach Chişinău, um sich über die Auswirkungen des GUS-Beitritts Moldovas auf das beidseitige Verhältnis zu informieren.<sup>56</sup> Die Besorgnis Rumäniens hatte noch weitere Gründe: das neuerliche Abrücken der Führung in Chişinău von der nach 1989 eingestandenen nationalen und sprachlichen Identität der Mehrheitsbevölkerung Moldovas mit den Rumänen; das Abdriften Moldovas in die neue Einflußsphäre Moskaus und damit das neuerliche Heranrücken Rußlands an Rumäniens Ostgrenze; die Verankerung einer Regelung in der neuen moldauischen Verfassung, die bereit ist, den separatistischen Bestrebungen in Gagausien und Transnistrien Rechnung zu tragen. Es verfestigte sich die Einsicht, daß mit der Eingliederung Moldovas in die

<sup>54</sup> Zitiert nach *Cotidianul* 13.8.1993.

<sup>55</sup> Siehe "Ajutorul pentru Republica Moldova-sub aşteptări" (Die Hilfe für die Republik Moldova - unter den Erwartungen zurückgeblieben), in: *Adevărul*, 14.10.1993; Mircea Radu Iacoban, "Ne-am facut de răs! Demagogia 'ajutorului pentru frañii de peste Prut' (Wir haben uns blamiert! Die Demagogie der 'Hilfe für die Brüder jenseits des Pruth')", in: *Românul*, Nr. 42, 25.-31.10.1993.

<sup>56</sup> *Rompres*, "Zusammenkunft in Chişinău", in: *Allgemeine Deutsche Zeitung*, 21.7.1994.

GUS nicht nur die neu gewonnene Unabhängigkeit des zweiten rumänischen Staates, sondern auch die Chancen für die 1989 eingeleitete kulturelle und wirtschaftliche Annäherung zwischen Rumänien und Moldova auf lange Zeit zunichte gemacht werden könnten.

Auf die vom neu gewählten moldauischen Parlament getroffenen Maßnahmen reagierte das offizielle Rumänien mit ungewöhnlicher Deutlichkeit. Vertreter des rumänischen Außenministeriums äußerten öffentlich Zweifel an der Rechtmäßigkeit der "soziologischen Umfrage" in Moldova als Mittel zur Lösung der nationalen Frage. Eine Entscheidung über Unabhängigkeit oder Wiedervereinigung, so hieß es, könne nur durch Befragung aller Rumänen, nicht aber nur der Bewohner Moldovas, getroffen werden.<sup>57</sup> Die Führung der Republik Moldova in Gestalt ihres Premierministers Andrei Sangheli ziehe Bukarest der "Doppelzüngigkeit" und der "Einmischung" in die Angelegenheiten des unabhängigen Staates Moldova.<sup>58</sup> Bis zur Klärung der strittigen Fragen setzte Bukarest alle aus dem Staatshaushalt finanzierten Unterstützungsmaßnahmen für Moldova aus.

Auch zeigte sich die Regierung in Bukarest besorgt darüber, daß in der neuen moldauischen Verfassung die Staatssprache erneut als "moldauisch" statt "rumänisch" bezeichnet wurde. In einer offiziellen Erklärung der rumänischen Regierung hieß es dazu, dies stelle eine "signifikante Abkehr vom Geist und den Prinzipien der Unabhängigkeitserklärung Moldovas vom August 1991 hinsichtlich der Definition der Natur des Staates und seiner Sprache dar" und könne schwerwiegende Folgen für die Unabhängigkeit Moldovas und für die Rechte der Bevölkerungsmehrheit der in der Republik Moldova lebenden Rumänen nach sich ziehen.<sup>59</sup>

Als Folge der Verschlechterung der offiziellen bilateralen Beziehungen suchten die regierenden Parteien Moldovas und Rumäniens erstmals nach 1989 den Kontakt zur jeweiligen Opposition des anderen Landes. Im Mai 1994 traf der Vorsitzende der rumänischen Abgeordnetenkammer Adrian Năstase in Chişinău mit Iurie Roşca, dem Vorsitzenden der oppositionellen *Christdemokratischen Volksfront* zu einem Gespräch zusammen. Dabei wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, den Dialog zwischen Moldova und Rumäniens nicht abreißen zu lassen.<sup>60</sup> In Bukarest empfing der rumänische Präsident Iliescu eine Parlamentarierdelegation des *Vereinigten Demokratischen Kongresses*, der wichtigsten moldauischen Oppositionspartei.<sup>61</sup> Dabei betonte er, die rumänische Führung wolle nicht nur mit der Regierung, sondern mit dem gesamten politischen Spektrum in Moldova zusammenarbeiten. Schließlich habe Moldova seine Unabhängigkeit gegenüber Moskau und nicht gegenüber Rumänien erklärt, sagte der rumänische Präsident, der sich dabei nicht nur den Standpunkt, sondern auch die bei der moldauischen Opposition gebräuchliche Formel zu eigen machte.<sup>62</sup>

Im Dezember 1994 wiederum empfingen führende Vertreter der moldauischen Regierungsparteien der *Demokratischen Agrarpartei Moldovas* und des *Blocks der Sozialistischen Partei* und der Bewegung '*Jedinstwo*' in Chişinău eine Delegation der *Demokratischen Union der Madjaren Rumäniens*. Der Vertretung der ungarischen Minderheit in Rumänien wurde von ihren Gastgebern bescheinigt, sie sei die einzige Partei in Rumänien, welche die Souveränität und Unabhängigkeit der Republik Moldova anerkenne.<sup>63</sup> Während es im April 1995 zur Unterzeichnung

<sup>57</sup> Tineretul Liber, 18.2.1994.

<sup>58</sup> RFE/RL News Briefs, 14.-18.2.1994.

<sup>59</sup> Reuter, 2.8.1994.

<sup>60</sup> Nara, 17.5.1994.

<sup>61</sup> *Christdemokratische Volksfront* und der *Vereinigte Demokratische Kongress* sind die Nachfolgeorganisationen der nationalgesinnten *Moldauischen Volksfront*.

<sup>62</sup> Reuter, 22.9.1994; *Dimineaţa*, 21.9.1994.

eines Grundlagenvertrags zwischen Moldova und Ungarn kam, stagnieren die Verhandlungen über die Unterzeichnung des moldauisch-rumänischen Vertrags.

Die Verhandlungen über den Abschluß eines Grundlagenvertrags zwischen Rumänien und Moldova treten in der Tat auf der Stelle. Der Grund dafür ist in den unterschiedlichen Vorstellungen der beiden Seiten über Inhalte und Ziele eines solchen Vertrags zu suchen. Die rumänische Seite will in einem sogenannten "Vertrag über Brüderlichkeit und Integration" die von der Bukarester Diplomatie angestrebte "special relationship" mit Moldova festschreiben. Die Führung der Republik Moldova hingegen ist nur zur Unterzeichnung eines "Vertrags über Kooperation und Zusammenarbeit" bereit, der sich von Verträgen mit anderen Staaten nicht unterscheidet.<sup>64</sup> Erschwerend auf die Ausarbeitung eines moldauisch-rumänischen Grundlagenvertrags wirkt sich auch die von Bukarest in die Verhandlungen eingebrachte Forderung nach einer Verurteilung des Hitler-Stalin-Pakts und seiner Folgen aus. Das Parlament in Chişinău ist nicht bereit, der Forderung nach einer Verurteilung des Paktes und seiner Folgen zuzustimmen und verweist statt dessen auf die Beschlüsse der Sicherheitskonferenz von Helsinki.<sup>65</sup>

Eine revisionistische Politik will sich Rumänien jedoch keinesfalls unterstellen lassen. Bukarest, so der rumänische Staatspräsident in einem BBC-Interview, erhebe keinerlei territoriale Ansprüche. Die Vereinigungsfrage mit Moldova stelle kein konkretes politisches Ziel dar, es gebe dafür keinen Zeitrahmen. Die Entscheidung über eine Vereinigung müßten Rumänien, sondern die Bürger Moldovas fällen.<sup>66</sup> Der rumänische Außenminister Teodor Meleşcanu versicherte wiederholt, daß Rumänien keinerlei territoriale Ansprüche gegenüber irgend einem seiner Nachbarstaaten hege.<sup>67</sup>

Die rumänischen Reaktionen auf die von neue, von Verfassungsänderung und GUS-Beitritt geschaffene Lage in Moldova erzeugten in Chişinău Gegenreaktionen. In einer Erklärung des moldauischen Parlaments wurde der rumänischen Führung vorgeworfen, die Unabhängigkeit Moldovas und die Existenz des moldauischen Volkes abzustreiten.<sup>68</sup> Moldovas Premierminister zeigte sich von der - auch vom rumänischen Staatspräsidenten gemachten - Äußerung irritiert, Moldova sei ein "künstlich von den Sowjets geschaffener Staat".<sup>69</sup> Kritik an der Politik Rumäniens gegenüber Moldova regt sich auch innerhalb Rumäniens. Sie kommt nicht nur wie bisher von Vertretern der konservativen demokratischen Oppositionsparteien, sondern auch von Repräsentanten der linksliberalen intellektuellen Elite, die in einer Ende 1994 veröffentlichten Studie die Rechtmäßigkeit und die völkerrechtliche Gültigkeit der Einbeziehung Bessarabiens und der Bukowina in das Staatsgebiet der Sowjetunion bestätigten.<sup>70</sup>

Inzwischen wurden mit dem Besuch des rumänischen Premierministers Nicolae Văcăroiu im Februar 1995 wieder Schritte in Richtung auf einen Ausbau der bilateralen Handels- und Wirt-

<sup>63</sup> Liana Petrescu, "Strania vizită a UDMR la Chişinău (Der seltsame Besuch der UDMR in Chişinău)", in: *Cotidianul*, 15.12.1994.

<sup>64</sup> Dan Preisz, "Mircea Snegur în vizită la români (Mircea Snegur zu Besuch bei den Rumänen)" in: *România Liberă*, 19.7.1993.

<sup>65</sup> A. Grăjdieru, "Ameninţări din 'Casa noastră-Republica Moldova' (Drohungen aus 'unserem Haus - der Republik Moldova')", in: *Libertatea*, 12.4.1995.

<sup>66</sup> Dan Preisz, "Unirea cu Moldova - 'nu trebuie să ne propunem un asemenea obiectiv într-un răstimp oarecare...'. (Die Vereinigung mit Moldova - 'wir dürfen uns ein solches Ziel nicht in einem bestimmten Zeitraum vornehmen')", in: *România Liberă*, 1.12.1994.

<sup>67</sup> Außenminister Teodor Meleşcanu, zitiert in: *Cotidianul*, 18.8.1995.

<sup>68</sup> *Cotidianul*, 31.10.1994.

<sup>69</sup> Interview in: *Corriere della Sera*, 5.10.1994; *Radio Bukarest*, 8.11.1995.

<sup>70</sup> Gabriel Andreescu, Valentin Stan, Renate Weber, "Relaţiile României cu Republica Moldova (Die Beziehungen Rumäniens zur Republik Moldova)", in: *Studii Internaţionale*, Nr. 1, 1995, S. 11-24.

schaftsbeziehungen getan. Ein Doppelbesteuerungsabkommen sowie mehrere Vereinbarungen über die Zusammenarbeit in den Bereichen Tourismus, Lokalverwaltung, Jugend und Sport wurden unterzeichnet. Nachdem im Juni 1995 der moldauische Präsident Snegur mit der Demokratischen Agrarpartei gebrochen und im Parlament einen Antrag auf Rücknahme der umstrittenen Verfassungsänderungen eingebracht hatte, entspannte sich das moldauisch-rumänische Verhältnis wieder. Anstelle der (anfänglichen) "Romantik" in den bilateralen Beziehungen wolle man nun "Pragmatismus" walten lassen, erklärte der moldauische Botschafter zum vierten Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung Moldovas.<sup>71</sup>

## **Moldova und Ukraine: Zur Zusammenarbeit verurteilt**

Die Beziehungen zwischen Moldova und der Ukraine stellen ein Musterbeispiel für die Probleme dar, die zwischen den ehemaligen Sowjetrepubliken als Ergebnis der jahrzehntelang geübten Hegemonialpolitik Moskaus in der Region aufgetreten sind. Das imperiale Erbe lastet schwer auf den beiden Staaten, die zwar ihre formale Unabhängigkeit erringen, ihre daraus resultierenden bilateralen Probleme aber noch nicht vollständig lösen konnten. Dieses Erbe umfaßt ältere Hypothesen wie Territorial- und Minderheitenfragen ebenso wie neue politische Konflikte durch secessionistische Tendenzen in Transnistrien und auf der Krim.

Stalin hatte der Ukraine im November 1940 Teile der annektierten rumänischen Gebiete zugeschlagen: die nördliche Bukowina und das Gebiet um Hertza sowie den Süden Bessarabiens. Hingegen hatte er den östlich des Dnjestr gelegenen Landstreifen "Transnistrien", der niemals historisch rumänisches Gebiet gewesen war und nach 1917 der Ukrainischen Sowjetrepublik einverleibt worden war, nunmehr der Moldauischen Sowjetrepublik eingegliedert. Nach dem Zerfall der Sowjetunion stellt sich die Rechtsnachfolge in der Frage der von Stalin annektierten ehemals rumänischen Territorien sehr kompliziert dar. Betroffen waren vier Staaten: Rumänien, die Republik Moldova, Rußland und die Ukraine. Rußland verweist darauf, daß für die Lösung dieses Territorialproblems die inzwischen unabhängigen Staaten Moldova und Ukraine zuständig seien. Rumänien, das diese Frage gegenüber der noch existierenden Sowjetunion nicht zur Sprache brachte, ließ das Bukarester Parlament in einer Erklärung historische Rechtsansprüche jedoch gegenüber der Ukraine zum Ausdruck bringen.

Die Positionen Moldovas und der Ukraine weisen in der Frage der Zusammenarbeit mit der GUS eine Reihe signifikanter Gemeinsamkeiten auf. Im bilateralen Bereich unterzeichneten die Verteidigungsminister Moldovas und der Ukraine am 19.2.1993 ein weitreichendes Militärabkommen, das die Schaffung eines gemeinsamen Luftverteidigungssystems, den Austausch von Informationen, gemeinsame Manöver und Zusammenarbeit bei der Ausbildung militärischen Personals vorsieht.<sup>72</sup> An der moldauisch-ukrainischen Grenze wurden gemeinsame Zollkontrollen vereinbart. In der Frage der Rückführung der riesigen Waffenbestände der 14. russischen Armee aus Transnistrien in die Russische Föderation, die notgedrungen über ukrainisches Territorium erfolgen mußte, hat die Ukraine ihre Kooperation zugesagt.<sup>73</sup> Auf wirtschaftlichem Gebiet bahnte sich eine rege Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und Moldova an. Kiew und Chişinău haben einander die Meistbegünstigung im Handelsaustausch zuerkannt und ein Freihandelsabkommen sowie eine Reihe weiterer Verträge über Investitionsschutz, Doppelbesteuerung, Steuerhinterziehung unterzeichnet.

---

<sup>71</sup> *Adevărul*, 28.8.1995.

<sup>72</sup> *ITAR-TASS*, 19.2.1993.

<sup>73</sup> H.E., "Moldova la răscruce (Die Republik Moldova am Scheideweg)", in: "22", Nr. 27, 5.-11.7.1995.



Die beiden seit 1991 unabhängigen Republiken Moldova und Ukraine verbindet das überragende Interesse an der Erhaltung ihrer territorialen Integrität und der Unverletzlichkeit ihrer Grenzen.

Die Tatsache, daß die Grenzfragen einschließlich des Grenzverlaufs zwischen den beiden Staaten noch nicht geklärt sind, belastet die bilateralen Beziehungen.<sup>74</sup> Erste moldauisch-ukrainische Grenzgespräche fanden im Mai 1993 statt, eine zweite Verhandlungsrunde wurde am 14.7.1995 abgehalten, ohne daß es jedoch zum Abschluß eines Grenzvertrags gekommen wäre. Moldauische Historiker verweisen auf die historisch bedingten Probleme bei der Bestimmung der Grenze zwischen den beiden Staaten und bestreiten ihre völkerrechtliche Gültigkeit. Die Ukraine, so sagen sie, habe in ihrer Unabhängigkeitserklärung am 12.9.1991 die ehemalige Verwaltungsgrenze zwischen den beiden Sowjetrepubliken Moldova und Ukraine als neue Staatsgrenze anerkannt - nicht so die Republik Moldova. Zudem müßten auch die geschichtlichen Umstände berücksichtigt werden, unter denen diese Verwaltungsgrenze zustande gekommen sei. Der Ukraine, so heißt es weiter, sei sehr an der Anerkennung aller ihr auf administrativem Wege zugefallenen Territorien - dazu gehört auch die Krim - gelegen. Sie versuche also, den Durchbruch bei der völkerrechtlichen Anerkennung ihrer alten Verwaltungsgrenzen als neue Staatsgrenzen in Verhandlungen mit dem schwächsten Verhandlungspartner -, Moldova - zu realisieren, um die viel schwierigeren Verhandlungen mit Rußland und Rumänien auf dieser Basis führen zu können.<sup>75</sup> Aus der Sicht des ehemaligen ukrainischen Präsidenten Leonid Krawtschuk sollten die Territorialprobleme zwischen der Ukraine und der Republik Moldova gemäß den Prinzipien der Schlußakte von Helsinki zwischen der Ukraine, Rußland und Rumänien, unter Hinzuziehung von Vertretern der Republik Moldova und UNO-Vermittlern gelöst werden.<sup>76</sup>

Die Politik der Ukraine gegenüber der Republik Moldova war nicht frei von Widersprüchen. Zum einen hatte Kiew ein Interesse daran, mit seinem kleinen westlichen Nachbarstaat eine gemeinsame Front gegenüber Moskauer Hegemonialbestrebungen zu bilden. Andererseits suchte die Ukraine aber im Verein mit Rußland eine Vereinigung Moldovas mit Rumänien zu verhindern. Dementsprechend trat die Ukraine wie Rußland dafür ein, Transnistrien das Recht auf Selbstbestimmung für den Fall zuzugestehen, daß Moldova sich mit Rumänien vereinigen wollte.<sup>77</sup> Diese divergierende Interessenlage nutzte Moskau dazu, die Ukraine für die Bildung einer slawischen Allianz gegen die lateinischen Staaten Moldova und Rumänien zu gewinnen.

Die Beendigung der russisch-moldauischen Kampfhandlungen am Dnjestr im Juli 1992 führte zu einer Verbesserung und Ausweitung der ukrainisch-moldauischen Beziehungen. Im Oktober 1992 unterzeichneten die Präsidenten der beiden Staaten einen auf fünf Jahre befristeten Vertrag "über Freundschaft, Zusammenarbeit und gutnachbarliche Beziehungen", der die gleiche Form aufweist wie die Verträge der Ukraine mit ihren ostmitteleuropäischen Nachbarn.<sup>78</sup> Der frühere ukrainische Premierminister und gegenwärtige Präsident Leonid Kutschma bezeichnete die Republik Moldova sogar als "Alliierten" und "einen der wichtigsten Partner der Ukraine im wirtschaftlichen und politischen Bereich". Und Vasile Nedelciuc, ein prominenter Vertreter und Abgeordneter des *Blocks der Bauern und Intellektuellen* im moldauischen Parlament, bedauert

<sup>74</sup> Bezeichnenderweise ist auch Rußland nicht zur Anerkennung der ukrainischen Grenzen bereit; siehe hierzu Friedemann Kohler, "Von Freundschaft keine Rede", in: *Allgemeine Deutsche Zeitung*, 27.1.1995.

<sup>75</sup> Ilie Lupan, "M.A.E. al Republicii Moldova pregăteşte pentru România o bombă cu efect întârziat (Bereitet das Außenministerium der Republik Moldova für Rumänien eine Zeitbombe?)", in: *Mesagerul*, Nr. 33, 25.8.1995.

<sup>76</sup> Vgl. "Tratatul moldo-ucrainean-Cinci ani de bună vecinătate? (Der moldauisch-ukrainische Vertrag-Fünf Jahre guter Nachbarschaft?)", in: *România Liberă*, 28.10.1992.

<sup>77</sup> Vgl. *RFE/RL News Briefs*, 14.6.1993.

<sup>78</sup> Boris Meissner, "Das politische Paktsystem innerhalb der GUS", in: *Osteuropa Recht*, Nr. 3, 1994, S. 250.

heute, daß die Führung in Chişinău nach Erlangen der Unabhängigkeit nicht auf die ukrainische Karte gesetzt und die Beziehungen zum Nachbarstaat mit gebührender Sorgfalt gepflegt habe.<sup>79</sup>

Infolge seiner jahrzehntelangen Zugehörigkeit zur Ukrainischen Sowjetrepublik und des Anteils der Ukrainer an der Bevölkerung östlich des Dnjestr (mit 29,5% die zweitstärkste ethnische Gruppe) stellt Transnistrien für Kiew ein nicht zu unterschätzendes Problem dar.<sup>80</sup> Zum einen sah man in den dortigen Sezessionsbestrebungen einen Test- und Präzedenzfall für die Krim, zum anderen bestand zeitweilig die Gefahr, daß die Ukraine in den militärischen Konflikt an seiner Westgrenze hineingezogen werden würde oder daß der Krieg auf sein Staatsgebiet überschwappen könnte. Zeitweilig hatte der damalige ukrainische Präsident Krawtschuk sogar erwogen, im Falle einer Verschlimmerung der Lage in Transnistrien im Krisengebiet einzugreifen - gegen die Republik Moldova.<sup>81</sup>

Nach Abschluß des moldauisch-russischen Vertrags über den Abzug der 14. Armee aus Transnistrien gewann die Frage an Bedeutung, welche Haltung die Führung in Kiew in der Frage der Transportwege, die über ukrainisches Territorium führen, einnehmen würde. Die Ukraine erklärte sich auf Anfrage der Führung in Tiraspol prinzipiell dazu bereit, gemeinsam mit Rußland die Lösung des Transnistrienkonflikts zu garantieren. Die Führung in Kiew wollte den Transport der Soldaten und Bestände der 14. Armee über ukrainisches Territorium gestatten, verwies zugleich aber auch auf möglicherweise anfallende Instandsetzungsarbeiten bei Bahngleisen und Waggons.

## Die Rolle Moldovas in der westöstlichen Politik

Die ehemals zweitkleinste Sowjetrepublik und nach 1991 unabhängige Republik Moldova wurde dank ihrer geostrategischen Lage ein nicht zu unterschätzender Faktor der Politik des Westens<sup>82</sup> gegenüber der Sowjetunion bzw. deren Nachfolgestaaten. Die moldauische Außenpolitik versucht, westliche und östliche - sprich russische - Interessen zum eigenen Vorteil auszubalancieren. Sie ist zweigleisig angelegt und gelegentlich zweideutig formuliert in einer Weise, die an die Schaukelpolitik Rumäniens in den 60er und 70er Jahren erinnert.<sup>83</sup> Moldova, ein "wirtschaftliches Mitglied der GUS", orientiere sich, so Präsident Mircea Snegur anlässlich eines Besuchs der Bundesrepublik Deutschland, an "westlichen Werten in Politik und Wirtschaft." NATO- und EU-Partnerschaft sollen zur Stabilitätssicherung des Landes beitragen. Moldova wolle kein Mitglied militärischer Blöcke werden und keiner Stationierung fremder Truppen auf seinem Territorium zustimmen.<sup>84</sup> In jüngster Zeit muß sich die Führung der Republik Moldova gegen Kritik an ihrer Westorientierung seitens der Führung der abtrünnigen Republik

<sup>79</sup> Vasile Nedelciuc, Interview in: *Mesagerul*, 21.7.1995.

<sup>80</sup> 40% der Bevölkerung Transnistriens sind Rumänen, 24% Russen. In Moldova leben insgesamt 562.069 Ukrainer, das sind 13,8% der Gesamtbevölkerung; in der Ukraine leben rund 600.000 Rumänen.

<sup>81</sup> D.W., "Moldawien: Wir haben Krieg mit Rußland", in: *Die Welt*, 23.6.1992.

<sup>82</sup> Der allgemeine Oberbegriff "der Westen" wird hier der Einfachheit halber gebraucht, bedeutet aber nicht, daß alle Staaten der euro-atlantischen Gemeinschaft eine identische Position eingenommen hätten. Federführend in Sachen Moldova sind ganz eindeutig die USA.

<sup>83</sup> Eine solche Schaukelpolitik läßt sich zum Beispiel an der Berichterstattung in der Regierungszeitung *Moldova Suverană* vom 6.4.1995 illustrieren. Rechts von dem auf Seite eins aufgeführten Bericht über das Treffen zwischen dem Vorsitzenden des Russischen Föderationsrats, Wladimir Schumejko, mit dem moldauischen Parlamentspräsidenten Lucinschi in Chişinău, steht ein zweiter Bericht über den Besuch des chinesischen Außenministers in der moldauischen Hauptstadt und seine Gespräche mit Premierminister Sangheli. Auf Seite drei ist ein Bericht über ein Treffen zwischen Staatspräsident Mircea Snegur mit der amerikanischen Botschafterin Mary Pendleton zu lesen, bei dem diese dem Lande Moldova und Snegur persönlich die Sympathie und Unterstützung der USA zusicherte.

<sup>84</sup> *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13.10.1995.

Transnistrien zur Wehr setzen. Moldova, so Snegur, nehme zwar an dem Programm der NATO-Partnerschaft für den Frieden teil, plane aber nicht, der NATO beizutreten.<sup>85</sup>

Die Politik der westlichen Staaten, allen voran der USA, gegenüber Moldova kannte im wesentlichen drei Phasen.

- In einer ersten Phase erwies sich der Westen primär an der Erhaltung des sowjetischen Vielvölkerstaates interessiert. Mit Ausnahme der baltischen Staaten, deren Annexion unter den Bestimmungen des Geheimprotokolls zum Hitler-Stalin-Pakt die USA nie formell anerkannt hatten, war der Westen nicht an einer weitergehenden Veränderung des sowjetischen Zentralstaats interessiert. Aus sicherheitspolitischen und ökonomischen Gründen sollte die Gefahr eines chaotischen Zerfalls der Sowjetunion vermieden werden. Bereits 1991 hatte Richard Boucher, Sprecher des amerikanischen Außenministeriums, die Grenzen der Sowjetunion abgesteckt, die Washington zu respektieren gedachte. Die Formel lautete: Anerkennung der Grenzen der Sowjetunion aus dem Jahre 1933 - dem Jahr der diplomatischen Anerkennung der UdSSR durch die USA - sowie der "nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgten Eingliederung nichtbaltischer europäischer Staaten".<sup>86</sup> In ihrer diplomatischen Praxis ließen die Staaten des Westens keinen Zweifel daran, daß sie die Annexion Bessarabiens und der Nordbukowina durch die Sowjetunion, obwohl unter demselben geheimen Zusatzprotokoll zum Hitler-Stalin-Pakt wie im Falle der baltischen Staaten vorgenommen, nicht in Frage stellten. Westliche Vertreter machten ihren Einfluß auf die Führungen in Chişinău und Bukarest geltend, um zu verhindern, daß es zu dem von Moskau befürchteten Zusammenschluß Moldovas mit dem rumänischen Mutterland kommen würde.<sup>87</sup> Dieses westliche Interesse deckte sich solange mit den sicherheitspolitischen Zielen der Sowjetunion bzw. Rußlands, wie Moskau eine Sezession Moldovas und seine Vereinigung mit Rumänien befürchten mußte. Dementsprechend unterstützte der Westen nicht nur die Distanzierung Moldovas von Rumänien, er tolerierte sogar die als "peacekeeping" getarnten Einsätze russischer Militärs zur Unterstützung der Separatisten in der abtrünnigen Republik Transnistrien. Die Ratio solcher Politik hat ein ehemaliger westlicher Vertreter der KSZE-Mission in Moldova auf den Punkt gebracht. Er schreibt: "Noch deutlicher als das Beispiel der KSZE-Missionen in Estland und Lettland zeigt der Fall der Moldova-Mission, daß auch und gerade im 'nahen Ausland' ethnischer Konfliktstoff und Separatismuspotentiale leichter und zum gleichmäßigen Nutzen sämtlicher Konfliktpartner entschärft werden können, wenn die KSZE in Abstimmung mit Moskau agiert. Die Berücksichtigung russischer Sicherheitsinteressen sowie der Belange russischer und russischsprachiger Minderheiten leistet dabei nicht russischem Hegemonialstreben Vorschub, sondern entspricht den Kernprinzipien der 'Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa'".<sup>88</sup>
- Nach dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion zeigten sich die westlichen Staaten, allen voran die USA, primär an der Stabilisierung der Lage im geopolitischen Vorfeld der Rußlands interessiert. Nach der Auflösung des Warschauer Pakts sollten die westlichen ehemaligen Sowjetrepubliken Moldova, die Ukraine und Weißrußland stabilisiert und zur Normalisierung

<sup>85</sup> *BASA-Press*, 16.11.1995.

<sup>86</sup> "Statele Unite nu contestă pactul Ribbentrop-Molotov?!" (Bestreiten die Vereinigten Staaten den Ribbentrop-Molotov-Pakt nicht?), in: *România Liberă*, 11.4.1991.

<sup>87</sup> Der frühere Außenminister und heutige Vorsitzende der Abgeordnetenversammlung des rumänischen Parlaments Adrian Năstase berichtete von "mehr oder minder verhüllten Warnungen" westlicher Politiker vor einer auf die Vereinigung mit Moldova hinzielenden Politik; in: *Dimineaţa*, 2.9.1994.

<sup>88</sup> Stefan Troebst, "Internationale Vermittlungsbemühungen zwischen Moldova und der selbsternannten 'Transnistrischen Moldavischen Republik'. Als KSZE-Diplomat beiderseits des Dnjestr", in: *Osteuropa-Info* 3/1995.

ihrer Beziehungen zur Russischen Föderation motiviert werden. Im Falle der Republik Moldova bedeutete dies die Ausübung mehr oder weniger sanften Drucks, der GUS-Wirtschaftsunion beizutreten, gepaart mit Versprechungen wirtschaftlicher und finanzieller Vergünstigungen und diplomatischer Auszeichnungen. Wie Präsident Snegur berichtete, erfolgte die Unterzeichnung des Gründungsprotokolls der GUS-Wirtschaftsunion durch die Republik Moldova auf der Grundlage detaillierter Studien, die vom Internationalen Währungsfonds und der Weltbank ausgearbeitet worden waren. Snegur ließ durchblicken, daß die in Aussicht gestellte Unterstützung durch die beiden Organisationen an die Empfehlung gebunden war, der GUS beizutreten.<sup>89</sup> Beobachter sprechen sogar davon, daß der Beitritt der Republik zur Wirtschaftsunion der GUS von IWF und Weltbank "vorhergesagt, empfohlen und sogar zur Bedingung gemacht " worden sei.<sup>90</sup> Alexandru Moşanu, zwischen 1990 und 1993 Parlamentspräsident Moldovas und seit 1993 Vorsitzender des oppositionellen *Kongresses der Intellektuellen*, berichtete, "einige große Westmächte haben uns in die GUS gedrängt. Sie haben uns in diesem Sinne beraten und uns sogar Vorwürfe deswegen gemacht, weil wir als Demokraten nicht in die GUS eintreten wollten."<sup>91</sup>

- Im Verlauf der dritten, gegenwärtig andauernden Phase sind die westlichen Staaten und insbesondere die USA bestrebt, den im Westen an die Russische Föderation angrenzenden ehemaligen Unionsrepubliken Ukraine, Moldova und Weißrußland die Rolle jenes *cordon sanitaire* zuzuweisen, den vor 1989 die an die Sowjetunion angrenzenden Warschauer-Pakt-Staaten Polen, Tschechoslowakei und Rumänien erfüllt haben.<sup>92</sup> Der Westen im allgemeinen und die USA im besonderen sind an Ruhe und Stabilität in dieser Zone vital interessiert. Moldova gilt als modellhafte, stabile Demokratie mit einer beispielgebenden Wirtschafts- und Finanzreform sowie, nicht zuletzt seit der am 23.12.1994 erfolgten erfolgreichen Verabschiedung eines Autonomiestatuts für die Gagausenrepublik, als Modellfall für die friedliche Lösung interethnischer Konflikte auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion.

Als Folge der zunehmend aggressiven Außen- und Sicherheitspolitik Moskaus unterstützt der Westen die Führung in Moldova bei ihrem Bestreben, den Abzug der 14. russischen Armee aus Transnistrien zu erreichen. Bei einem Treffen mit Präsident Snegur in Chişinău erklärte die amerikanische UNO-Botschafterin Madeleine Albright, der Rückzug der 14. russischen Armee vom Territorium der Republik Moldova sei für Washington ein Frage von vorrangiger Bedeutung.<sup>93</sup> Präsident Snegur fühlt sich aufgrund des westlichen Rückhalts dazu ermuntert, das Problem des Truppenrückzugs zu internationalisieren und Rußland dem Druck internationaler Gremien auszusetzen. So erklärten beispielsweise moldauische Delegierte beim Europarat, daß sie als Mitglieder dieses Gremiums gegen eine Aufnahme der Russischen Föderation in den Europarat stimmen würden, solange Rußland seine Truppen nicht aus Transnistrien abgezogen habe.<sup>94</sup>

Die positive Perzeption durch den Westen gereicht der kleinen Republik Moldova diplomatisch und wirtschaftlich zum Vorteil. Die Republik Moldova und ihre politischen Exponenten erfreuen sich im Westen besonderer diplomatischer Aufmerksamkeit. Die Republik Moldova ist Mitglied der UNO, der KSZE, der Schwarzmeer-Kooperationsgemeinschaft, des Nordatlantischen Kooperationsrates und Unterzeichnerstaat der Pariser Charta. Am 16.3.1994 unterzeichnete

<sup>89</sup> *BASA Press*, 30.9.1993.

<sup>90</sup> Nicolae Belli, "Dimensiuni ale integrării economice (III) (Dimensionen der wirtschaftlichen Integration)", in: *Tribuna Economică*, Nr. 2, 15.1.1994.

<sup>91</sup> Alexandru Moşanu, Interview, in: *Curierul Românesc*, Nr. 2, Februar 1995.

<sup>92</sup> Siehe hierzu: Romulus Căplescu, "Covor roşu la Casa Albă pentru Mircea Snegur (Roter Teppich im Weißen Haus für Mircea Snegur)", in: *Adevărul*, 1.2.1995.

<sup>93</sup> *România Liberă*, 3.9.1994.

<sup>94</sup> *Monitor*, 28.6.1995.

Präsident Snegur das NATO-Abkommen der "Partnerschaft für den Frieden". Am 28.11. 1994 schloß Moldova ein Kooperations- und Partnerschaftsabkommen und am 2.10.1995 ein Interim-Handelsabkommen mit der Europäischen Union.

Am 27.6.1995 votierte die Parlamentarische Versammlung des Europarats einstimmig für die Aufnahme Moldovas in dieses Gremium. Moldova war damit der erste nichtbaltische Staat der ehemaligen Sowjetunion, der Mitglied des Europarats wurde. Am 5.12.1995 unterzeichnete der Verteidigungsminister Moldovas Pavel Creangă in Washington ein Abkommen über militärische Zusammenarbeit mit den USA.

Weitere Zielsetzungen der moldauischen Außenpolitik: die Vorbereitung von Assoziierungsverträgen mit EU und EFTA sowie der (von Ungarn geförderte) Beitritt zur Zentraleuropäischen Initiative.<sup>95</sup>

Den führenden Vertretern des zweiten rumänischen Staates Moldova wurden außenpolitische Ehren zuteil, von denen die Repräsentanten Rumäniens nur träumen können: Präsident Snegur absolvierte im Januar 1995 einen offiziellen Staatsbesuch in den USA - Präsident Iliescu im Oktober 1995 nur einen Arbeitsbesuch; Präsident Snegur stattete im Oktober 1995 der Bundesrepublik Deutschland einen Besuch ab - anders als sein rumänischer Amtskollege, den eine solche Einladung bislang nicht erreicht hat. Am 12.8.1992, wenige Tage nach Abschluß des moldauisch-russischen Vertrags zur Beilegung des Konflikts um Transnistrien, trat die moldauische Regierung dem Internationalen Währungsfonds bei. Moldova war das erste Land der ehemaligen GUS, das zur Unterstützung seines spät und schleppend angelaufenen Reformprozesses großzügige Kredite seitens des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank zugeteilt wurden. Moldova sucht westliche Unterstützung bei der Konversion der auf seinem Territorium verbliebenen ehemals sowjetischen Rüstungsindustrie, westliche Rüstungsunternehmen haben Interesse an einem Geschäftspartner Moldova bekundet.<sup>96</sup>

Seitdem die Radikalisierung der russischen Außen- und Sicherheitspolitik im Westen nicht mehr zu übersehen war, wurde Moldova nun erneut zum Modellfall westlicher Politik gegenüber den Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Dessen eingedenk versucht die Führung in Chişinău, das Problem der russischen Truppen am Dnjestr zu internationalisieren. Die UNO, die im Verlauf des Krieges am Dnjestr im Juni und im August 1992 Beobachtermissionen in das Gebiet geschickt hatte, konnte damals aber nichts bewirken.<sup>97</sup> Unterstützung für ihre Forderung nach Abzug der 14. Armee erhielt die Führung in Chişinău jedoch vom Europarat. Auf dem Treffen der Parlamentarischen Versammlung der KSZE, die im Juli 1993 in Prag abgehalten wurde, schlugen Delegierte Moldovas vor, das Problem der russischen Truppen gemeinsam mit dem der im Baltikum stationierten russischen Truppen durch internationale Anstrengungen zu lösen.<sup>98</sup> Inzwischen ist eine Beobachtermission der KSZE in diesem Sinne in Moldova tätig. Im März 1994 forderte Moldova auch Beobachter der WEU an.

## **Die 14. russische Armee: Abzug oder Umwidmung?**

Zum Jahresende 1994 wurden erstmals Fortschritte mit Blick auf eine politische Lösung des Separatismusproblems in Moldova erzielt. Im Falle der abtrünnigen Gagausenrepublik im Süden des Landes wurde ein Kompromiß zwischen der Zentralregierung in Chişinău und der Führung

<sup>95</sup> Vgl. *RFE/RL News Briefs*, 10.-24.1.1994.

<sup>96</sup> Wdn., "Militärabkommen zwischen Kiew und Moskau", in: *Neue Zürcher Zeitung*, 29.11.1995.

<sup>97</sup> Interview des UNO-Generalsekretärs Boutros Boutros-Ghali, in: *Tineretul Liber*, 10.11.1992.

<sup>98</sup> Vgl. *RFE/RL News Briefs*, 5.-9.7.1993.

der separatistischen Gagausen im Süden des Landes erzielt, der dieser die Selbstbestimmung in einer autonomen territorialen Einheit als Bestandteil der Republik Moldova zugestand. Der Autonomievertrag beinhaltet die Sezessionsklausel für den Fall einer Änderung des Status der Republik Moldova.<sup>99</sup> Ob sich allerdings die Autonomieregelung für Gagausien auf die separatistische Republik Transnistrien übertragen lassen wird, ist keineswegs sicher. Der Grund: Im Fall der Gagausen hat sich die konstruktive Haltung der "Schutzmacht" Türkei positiv auf das Finden der Kompromißlösung ausgewirkt. Ankara bestand auf der Wahrung der territorialen Integrität der Republik Moldova, deren Stabilisierung als dem Sicherheitsinteresse der Türkei entsprechend definiert wurde. Gegenüber der gagausischen Bevölkerung wurde eine Mischung aus wirtschaftlichen Anreizen (türkische Investitionen vorwiegend in der von Gagausen bewohnten Region) und politischem Druck auf kompromißunwillige Hardliner in der gagausischen Führung angewandt.<sup>100</sup> Die von der Führung der Republik Transnistrien betriebene separatistische Politik hingegen ist Teil einer übergreifenden Strategie Rußlands für das Territorium der ehemaligen Sowjetunion, das nun sogenannte "nahe Ausland". Zwar decken sich die Interessen der Separatisten vor Ort längst nicht mehr vollständig mit denen der Strategen in Moskau. Deren Zielsetzung steht jedoch fest: die Einrichtung eines militärischen Stützpunktes in Moldova auf der Basis der Infrastruktur der 14. Armee sowie die Eingliederung Moldovas in die militärischen Strukturen der GUS, nur die Taktik ist modifiziert.

Am 10.8.1994 wurde ein russisch-moldauisches Abkommen über den Abzug der 14. Armee aus Transnistrien paraphiert, am 21.10.1994 unterzeichnet. Im Februar und Juni 1995 wurden Zusatzprotokolle über die Durchführungsbestimmungen des Abzugs unterzeichnet. Der Vertrag beinhaltet folgende Regelungen:

- Die Truppen der 14. russischen Armee werden im Rahmen des zeitlich und technisch Möglichen innerhalb von drei Jahren aus Moldova abgezogen. Der Rückzug der Truppen erfolgt synchron zur politischen Regelung des Konflikts in Transnistrien und der Gewährung eines Sonderstatus für dieses Gebiet;
- Rußland behält sich das Recht vor, den Militärflughafen von Tiraspol zu benutzen und das Territorium Moldovas gemäß einem noch auszuhandelnden Sondervertrag zu überfliegen;
- Die Republik Moldova verpflichtet sich zur Zahlung eines Beitrags zur Schaffung von Wohnraum für die evakuierten russischen Truppen;
- Der genaue Zeitplan des Rückzugs wird in einem Sonderprotokoll zwischen den Verteidigungsministerin der beiden Staaten ausgehandelt.<sup>101</sup>

In dem Zusatzprotokoll zum Vertrag über den Abzug der 14. Armee, das am 2.2.1995 zwischen den Verteidigungsministern der beiden Staaten unterzeichnet wurde, wurde vereinbart, daß die 14. Armee einen Teil der Bestände zurückziehen, einen anderen Teil vor Ort zerstören werde.<sup>102</sup> Zudem ist darin eine militärische Beistandsklausel für den Fall eines Angriffs seitens eines Drittstaates enthalten.<sup>103</sup> Die Aufnahme einer solchen Klausel in das Protokoll ist insoweit

<sup>99</sup> Siehe hierzu: Stefan Troebst, "Die bulgarische Minderheit Moldovas zwischen nationalstaatlichem Zentralismus, gagausischem Autonomismus und transnistrischem Separatismus (1991-1995)", in: *Südosteuropa* 9-10/1995, S. 573-574.

<sup>100</sup> Vladimir Socor, "Demirel Asserts Turkish Interests in Ukraine and Moldova", in: *RFE/RL Research Report*, Nr. 31, 12.8.1994.

<sup>101</sup> Ilie Lupan, "Jocuri politice sau cuiul imperial al lui Pepelea (Politische Spiele oder der Schwarze Peter des Imperiums)", in: *Mesagerul*, Nr.47, 17.3.1995.

<sup>102</sup> Wladimir Kitajew, der russische Verhandlungsführer, in: *ITAR-TASS*, 2.2.1995.

<sup>103</sup> Vasile Nedelciuc, Interview, in: *Mesagerul*, Nr. 28, 21.7.1995.

bemerkenswert, als Moldova sich bisher geweigert hat, einer militärischen Zusammenarbeit innerhalb der GUS zuzustimmen.

Im Zusammenhang mit dem Abkommen wurden von russischen Vertretern konkrete, wenn auch nicht immer übereinstimmende Angaben über Zahl und Herkunft der Truppen und über die Ausrüstungs- und Waffenbestände der 14. Armee gemacht. Wladimir Schumejko, der Vorsitzende des Russischen Föderationsrates, sprach von "wenig mehr als 6.000 Militärs, über 50.000 Handfeuerwaffen, 300 Panzern und 94.000 Tonnen Munition."<sup>104</sup> Eine russische Zeitschrift nennt nur 43.000 Tonnen Munition, dafür werden 3.535 Fahrzeuge angeführt, der Gesamtwert der Ausrüstungen der 14. Armee wird mit 4 Mrd US-\$ beziffert.<sup>105</sup> In der Presse wird auch die Zahl von 400.000 Tonnen Artilleriegeschosse, Minen und Raketen genannt, die ebenfalls in Transnistrien lagern. Ungefähr ein Fünftel davon ist schrottreif und nicht transportfähig.<sup>106</sup> Rund 5.600 dieser aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg stammenden Minen sollen bereits zerstört worden sein, rund 4.000 stehen noch zur Zerstörung an.<sup>107</sup> Hinsichtlich der Herkunft der Soldaten der 14. Armee sprach Schumejko von 85%, die russischer Herkunft seien, General Lebed verwies hingegen darauf, daß 80% der Soldaten und 50% der Offiziere aus Transnistrien stammten.<sup>108</sup> Die Führung Moldovas sagte allen interessierten Offizieren der 14. Armee die Übernahme in die moldauische Nationalarmee zu, die Führung der Dnjestrepublik machte ein gleichlautendes Angebot. Moldovas Parlamentspräsident Petru Lucinschi sagte auf einer Pressekonferenz, Moldova werde 30% des Vermögens der 14. Armee (Kasernen, einen Teil der Militärtechnik) übernehmen.

Vertreter der Republik Moldova äußerten gegenüber Vertretern der OSZE den aus ihrer Sicht "begründeten Verdacht, daß Transnistrien unter Zurücklassung des Geräts der 14. Armee aufgerüstet werden soll".<sup>109</sup> Manche Beobachter sind der Ansicht, daß der Abzug der 14. Armee in drei Jahren nur noch auf dem Papier stattfinden werde, weil dann die jetzt noch im Aufbau befindliche Armee Transnistriens die 14. Armee ersetzt haben wird und ihre gesamten Bestände übernommen haben wird.<sup>110</sup> Der Wahrheitsgehalt solcher Aussagen ist schwer zu überprüfen, denn Rußland verweigert der OSZE die Teilnahme an der aus den Vertretern Moldovas, Rußlands und Transnistriens gebildeten Gemeinsamen Beratungskommission sowie die Beobachtung des Rückzugs der 14. Armee.<sup>111</sup> Tatsache ist, daß die Überstellung von Truppen der 14. Armee an die Streitkräfte der abtrünnigen Republik Transnistrien bereits während des Krieges von 1992 begonnen hat, als "ganze Einheiten der 14. Armee den Streitkräften Transnistriens eingegliedert, umbenannt und umgeflaggt wurden".<sup>112</sup> Die Zusammenarbeit zwischen der 14. Armee und den Dnjestr-Garden läuft trotz der (realen, behaupteten, übertriebenen, hochgespielten?) Spannungen zwischen dem Kommando der 14. Armee und der Führung in Tiraspol auf vollen Touren. Gemeinsam wurden Einberufungen in Transnistrien vorgenommen und die Wehrpflichtigen untereinander aufgeteilt.

<sup>104</sup> Wladimir Schumejko, der Vorsitzende des Russischen Föderationsrates, in: *Moldova Suverană*, 6.4.1995.

<sup>105</sup> *Moskowskije Novosti*, Nr. 4, 1995, S.4, zitiert nach *Österreichische militärische Zeitschrift*, Nr. 5, 1995, S. 581.

<sup>106</sup> *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27.9.1994.

<sup>107</sup> *ITAR-TASS*, 26.9.1995.

<sup>108</sup> Henriette Schröder, "Die spucken auf das Abkommen", in: *Süddeutsche Zeitung*, 26.10.1994.

<sup>109</sup> *Österreichische militärische Zeitschrift* 2/1995, S. 203.

<sup>110</sup> Romulus Căpălescu, "Transnistria, ultimul avanpost al Rusiei spre Vest (Transnistrien, Rußlands letzter Vorposten im Westen)", in: *Adevărul*, 2.9.1994.

<sup>111</sup> *Österreichische militärische Zeitschrift*, Nr.2, 1995, S. 203.

<sup>112</sup> *Rossijskie Vesti*, 23.8.1994.

Die transnistrischen "Dnjestrsgarden", bestehend aus den eigentlichen Streitkräften, einem Bataillon Sondertruppen des Innenministeriums, einem "Speznas-Bataillon" des Ministeriums für Staatssicherheit und einem Kosakenregiment, waren zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens der 14. Armee im Umfang ungefähr gleichwertig. Für sie gelten die Militärdoktrin, die Militärgesetzgebung und die Organisation Rußlands, sie tragen russische Uniformen und besitzen die doppelte transnistrische und russische Staatsbürgerschaft. Sonst, so der Stellvertretende Verteidigungsminister der Republik Transnistrien, Stanislaw Chaschejew, "würde es schwierig sein, sich zu vereinigen".<sup>113</sup>

Es stellt sich die Frage nach den Motiven, welche die Führung in Moskau zum Abschluß eines Vertrags über den Abzug der 14. Armee bewogen haben könnten:

- Umwandlung in Militärbasis: Das eigentliche Ziel, das Moskau mit dem Abschluß des Abkommens über den Abzug der 14. Armee verfolgt, ist nicht die Aufgabe des militärischen Standortes der 14. russischen Armee sondern seine - formalrechtlich abgesicherte - Umwandlung in einen militärischen Stützpunkt der Russischen Föderation. Eine solche Zielsetzung entspricht der russischen Militärdoktrin ebenso wie dem Konzept der russischen GUS-Politik, das in Moskau ausgearbeitet wurde.<sup>114</sup>
- Einen Tschetschenien-Effekt vermeiden: Anlässlich seines Besuchs in Chişinău im April 1995 hatte der Vorsitzende des Russischen Föderationsrates Wladimir Schumejko gesagt, Rußland wolle die riesigen Waffenbestände der 14. Armee sofort aus Transnistrien abziehen, um zu verhindern, daß diese Waffen - wie in Tschetschenien - secessionistischen Kräften in die Hände fallen.<sup>115</sup> Und General Lebed warnte davor, daß die Truppen der 14. Armee, die "mehrheitlich" aus Transnistrien stammten, vor Ort bleiben und eine "nationale Befreiungsarmee" bilden könnten.<sup>116</sup>
- Distanzierung von separatistischen Regimen: Die Führung in Moskau änderte ihre bisherige politische Taktik und skizzierte eine Annäherung an widerspenstige Nachbarn wie Moldova, Ukraine und Georgien. Zugleich ging etwas sie etwas auf Distanz zu den Führern der separatistischen prorussischen Enklaven.<sup>117</sup> Die Erwartung, daß die Führer dieser separatistischen Republiken sich dem neuen Kurs Moskaus anpassen und auf ihre Unabhängigkeit (sprich: Macht und mafiose Einkünfte) verzichten würden, erfüllte sich jedoch nicht. Die Separatisten in Transnistrien weigerten sich, auf dem - wie sie sagten - "Altar der russisch-moldauischen Beziehungen geopfert" zu werden.<sup>118</sup>
- Außenpolitische Wahrnehmung Rußlands optimieren: Mit dem Abkommen sollte die durch Rußlands neoimperiale Politik und Rhetorik aufgeschreckte Weltöffentlichkeit beruhigt werden. Es sollte suggeriert werden, daß Rußland nicht beabsichtige, seine Truppen ohne vorherige Legalisierung ihres Status auf dem Territorium der souveränen Republik Moldova zu belassen, sondern prinzipiell zu deren Rückzug bereit sei. Damit würde - so die russische Armee-

<sup>113</sup> General Stanislaw Chaschejew, stellvertretender Verteidigungsminister der Republik Transnistrien, in: *Rossijskie Vesti*, 23.8.1994.

<sup>114</sup> Olga Alexandrova, "Rußland und sein 'nahes Ausland'", in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.), *Zwischen Krise und Konsolidierung. Gefährdeter Systemwechsel im Osten Europas*, München/Wien 1995, S. 324-326.

<sup>115</sup> *Moldova Suverană*, 6.4.1995.

<sup>116</sup> *Reuter*, 23.10.1994.

<sup>117</sup> Siehe auch: Chrystia Freeland, "Trans Dnestr's Dreams of Separatism Seem Increasingly Unsustainable", in: *Financial Times*, 27.3.1995.

<sup>118</sup> Alexandru Caraman, Vizepräsident der separatistischen Republik Transnistrien, in: Didier François, *La république autoproclamée de Transnistrie veut garder ses soldats*, in: *Libération*, 27.3.1995.



zeitung - westlichen Anschuldigungen über angebliche imperiale Zielsetzungen Moskaus der Boden entzogen.<sup>119</sup>

Die Situation, in der sich Rußland hinsichtlich seiner Truppen auf dem Territorium der nunmehr souveränen ehemaligen Sowjetrepubliken befindet, ist jener nicht unähnlich, mit der sich die Sowjetunion in Osteuropa nach dem Abschluß des österreichischen Staatsvertrags im Jahre 1955 konfrontiert sah. Mit dem Staatsvertrag war die zur Sicherung der Verbindungswege nach Österreich vorgesehene Präsenz der sowjetischen Truppen in diesen Staaten völkerrechtlich nicht mehr gegeben. Moskau mußte damals Stationierungsverträge mit den betreffenden Staaten schließen, die - wie beispielsweise im Falle Rumäniens ein Jahr nach Vertragsschluß - auch tatsächlich zum Abzug der Truppen führten.

- Neue Verfassungslage in Moldova: In der neuen Verfassung ist die Ablehnung der Stationierung fremder Truppen auf dem Territorium Moldovas festgeschrieben. Führende Vertreter der Führung in Chişinău wiesen unmißverständlich darauf hin, daß die Stationierung der 14. Armee mit der neuen Verfassung der Republik Moldova nicht mehr zu vereinbaren sei.
- Gestärkte internationale Position Moldovas: Nach den Wahlen und der darauffolgenden Verabschiedung der neuen Verfassung war offenkundig geworden, daß die angeblich drohende Vereinigung mit Rumänien ebensowenig real war wie die behauptete Beschneidung der Rechte der Minderheiten. Beide "Gefahren" konnten auch von der Führung in Transnistrien nicht mehr glaubhaft als Grund für ihre separatistischen Bestrebungen ins Feld geführt werden. Dort wird allerdings schon ein neues Schreckgespenst in Gestalt der Annäherung Moldovas an den Westen beschworen. Unmittelbar nach Paraphierung des Abkommens über den Rückzug der 14. Armee beschuldigte der selbsternannte Präsident Transnistriens Igor Smirnow die Führung Moldovas, "sich in die internationalen und europäischen Strukturen zu drängen und zu versuchen, Rußland aus der Region zu verdrängen. um dort statt dessen die Ausbreitung westlichen Einflusses zu fördern."<sup>120</sup>

## **Russische Macht- und Verwirrspiele um den Abzug der 14. Armee**

Es mehren sich die Anzeichen dafür, daß die Führung in Moskau mit dem Abschluß des Abkommens über den Abzug der 14. Armee Zeit gewinnen wollte - Zeit für ihre geplante Umwandlung in einen russischen Stützpunkt und Zeit für die Klärung der Machtverhältnisse in Rußland. In Moskau läuft seit einiger Zeit" vielschichtiger Machtkampf"<sup>121</sup> ab, der auch und nicht zuletzt auf dem Terrain des "nahen Auslands" wie Moldova ausgetragen wird. Die politische Führung in Moskau ist nur begrenzt berechenbar. In Führungskreisen Moldovas besteht der Eindruck, daß man es in Moskau mit zwei gegensätzlichen, in gleicher Weise offiziellen Standpunkten zu tun habe. Zum einen sind da die Vertreter des demokratischen Rußland, das versuche, in der Region gutnachbarliche Beziehungen herzustellen und das schlechte Image Rußlands nach der Tschetschenienkrise zu korrigieren, zum anderen die Repräsentanten des anderen, konservativen Rußland, die zur gleichen Zeit versuchten, die alte UdSSR wieder herzustellen. Dazu ermunterten sie separatistische zentrifugale Bewegungen u.a. auch in Transnistrien. Moldova habe auf die Demokraten in Moskau gesetzt und müsse nun abwarten, ob diese Option nach den Wahlen honoriert werde.<sup>122</sup>

<sup>119</sup> *Krasnaja Zvezda*, 16.8.1994.

<sup>120</sup> *Izvestija*, 6.9.1994, zitiert nach: *RFE/RL Daily Report*, 8.9.1994.

<sup>121</sup> Tony Barber, "Kremlin's Deal with Moldova Creates Anger", in: *The Independent*, 17.8.1994.

<sup>122</sup> *Moldova Suverană*, 13.4.1995.

In Moldova wurde der Moskauer Machtkampf zwischen gemäßigten Anhängern Jelzins wie dem Vorsitzenden des russischen Föderationsrates Wladimir Schumejko, dem höchstrangigen russischen Besucher in Moldova seit Erlangen der Unabhängigkeit und den "rotbraunen" Fraktionen der Russischen Staatsduma, aber auch zwischen General Alexander Lebed einerseits und Präsident Jelzin sowie Verteidigungsminister Gratschow andererseits ausgetragen. Vertreter der *Liberaldemokratischen Partei* Schirinowskijs, der *Sozialistischen Parteien* sowie der *Kommunistischen* und der *Agrarischen Fraktionen* hatten sich zur Beobachtung der dortigen Wahlen im März 1995 in Transnistrien aufgehalten. Bei der Gelegenheit hatten sie sich für einen Verbleib der 14. Armee in Transnistrien ausgesprochen. Im November 1995 versprach eine Abgeordnete der Liberaldemokraten, daß sich ihre Partei für die Anerkennung der Unabhängigkeit Transnistriens aussprechen wolle.

Damit trat die Partei Schirinowskijs in offenen Widerspruch zu Schumejko, der in einem Brief an alle Regionen der Föderation auf die Ungesetzlichkeit der Aufnahme der Beziehungen zu separatistischen Regimen wie in Transnistrien hingewiesen hatte, wie er in Chişinău erklärte. Die anstehenden internen und territorialen Probleme sollten ausschließlich mit politischen Mitteln unter russischer Vermittlung gelöst werden. Die von Schumejko vorgeschlagene Lösungsformel lautet: weitgehende Autonomie für Transnistrien innerhalb einer souveränen und freien Republik Moldova, deren territoriale Integrität gewahrt bleibt. Schumejko hatte zu verstehen gegeben, daß der Abzug sogar schon vor der Ratifizierung durch die russische Staatsduma beginnen könnte.

Am Tage nach Bekanntwerden des Inhalts der Gespräche Schumejkos mit der Führung Moldovas setzte die russische Staatsduma die Frage der "Unannehmbarkeit des Rückzugs der 14. russischen Armee aus Transnistrien" auf die Tagesordnung. Für diesen Punkt auf der Tagesordnung stimmten 228 der Abgeordneten, zwei waren dagegen und sieben enthielten sich der Stimme. Im Gegenzug prangerte das Außenministerium Moldovas die offene Unterstützung einiger russischer Parlamentsabgeordneter für den Separatismus Transnistriens sowie für eine Beibehaltung der 14. Armee auf dem Territorium Moldovas an. Diese Haltung, so die Erklärung des Außenministeriums, decke sich nicht mit den Erklärungen des russischen Präsidenten, der Regierung und des Föderationsrats.<sup>123</sup>

Die Unberechenbarkeit der Akteure und die Widersprüchlichkeit ihrer Aussagen macht aber Sinn, setzt man sie in Verbindung mit der Warnung des russischen Präsidenten Jelzin vor hastigen Entscheidungen im Dnjestrkonflikt, die die Spannungen in der Region erhöhen könnten.<sup>124</sup> Die Argumente im Rahmen dieser Verzögerungstaktik lauteten:

- Schutz vor Destabilisierung der Region: Mit dem Verbleib der 14. Armee soll die Gefahr eines neuerlichen Ausbruchs von Feindseligkeiten zwischen Moldova und der abtrünnigen Republik Transnistrien verhindert und die Waffendepots der 14. Armee gegen Übergriffe der Behörden der Republik Transnistrien gesichert werden.<sup>125</sup> General Lebed ging sogar so weit, sich als Beschützer der Bewohner Transnistriens gegenüber ihrem "orthodox-marxistischen" Präsidenten Smirnow aufzuspielen.<sup>126</sup>
- Kosten und Risiken des Rückzugs: Bei seiner Ablehnung des Rückzugs verwies General Lebed darauf, daß der Transport der riesigen Waffen- und Munitionslager der 14. Armee au-

<sup>123</sup> *Moldova Suverană*, 13.4.1995.

<sup>124</sup> Interview Jelzins, in: *Interfax*, 14.8.1994.

<sup>125</sup> Dem widersprach Moldovas Außenminister mit dem Hinweis, nicht nur der 14. Armee, sondern auch jenen fünf russischen Bataillonen, die dort im Juli 1992 stationiert worden seien, obliege die Sicherung des Friedens und der Stabilität in der Region. Siehe hierzu: *Reuter*, 22.10.1994.

<sup>126</sup> Henriette Schröder, "Die spucken auf das Abkommen", in: *Süddeutsche Zeitung*, 26.10.1994.

berordentlich teuer sei. Rußland wolle und Moldova könne die Rechnung nicht bezahlen.<sup>127</sup> Zudem müßten vor Abzug der Armee aus Transnistrien die Unterkünfte für die Soldaten in Rußland gesichert sein. Der Transport der Munition über ukrainisches Gebiet, so General Lebed, sei wegen des Zustandes der dortigen Eisenbahnen problematisch.<sup>128</sup>

- Linkage Rückzug - Konfliktlösung: Das Hauptargument hinter den anderen Argumenten ist das Bestehen auf der Gleichzeitigkeit ("Synchronisierung") des Rückzugs der 14. Armee mit der Lösung des Konflikts in Transnistrien.<sup>129</sup> Die Führung in Chişinău bestreitet, daß es einen Zusammenhang zwischen dem Rückzug und der Lösung des Transnistrienproblems gebe und sieht sich in dieser Haltung von der OSZE und von westlichen Staaten bestärkt. Die Budapestener Erklärung des KSZE-Gipfeltreffens vom Dezember 1994 bestätigte, daß nicht von einem "linkage" zwischen Truppenabzug und Konfliktlösung, wie es die russische Seite konstruiert, sondern von "zwei parallelen Prozessen, die einander nicht behindern werden," auszugehen sei.

Um den von russischer Seite erhobenen Vorwurf, Moldova bemühe sich nicht um eine politische Übereinkunft mit Transnistrien, zu entkräften, versuchte die Führung in Chişinău, die Frage der Beziehungen der Republik zur abtrünnigen Republik Transnistrien in bilateralen politischen Verhandlungen zu klären. Treffen zwischen hochrangigen Politiker der beiden Seiten, angeführt von den Präsidenten Snegur und Smirnow, fanden im Dezember 1994 und im Juni 1995 statt. Dabei legte Moldovas Präsident seinen Vorschlag für den Transnistrien zu gewährenden Sonderstatus vor. Der Vorschlag sieht die Republik Moldova als ein einziges Subjekt des Völkerrechts mit einer einzigen - der moldauischen - Staatsbürgerschaft. In die Kompetenz der Zentralverwaltung in Chişinău sollen die Bereiche Außenpolitik, Verteidigung, nationale Sicherheit, Grenzschutz, Zollpolitik, Justiz, Staatsanwaltschaft und Inneres sowie das Fiskal- und Bankensystem fallen, den regionalen und lokalen Organen der Staatsmacht hingegen die Bereiche regionale Finanz- und Budgetpolitik, Wirtschaft, Sozialversicherungen. Der in direkten Wahlen gewählte Chef der autonomen Regionalverwaltung soll die Funktion eines Vizepremierministers ausfüllen.<sup>130</sup> Aus der Sicht des selbsternannten transnistrischen Präsidenten Igor Smirnow ist die Gewährung von Territorialautonomie überholt.<sup>131</sup> Bei den Verhandlungen mit der moldauischen Führung akzeptiert er den angebotenen Autonomiestatus mit begrenzten Rechten nicht, sondern fordert *de facto* eine Konföderation, also eine Teilung der Vollmachten zwischen zwei Regierungen zweier Staaten.

Die Position des russischen Präsidenten Jelzin zwischen den unvereinbaren Standpunkten Snegurs und Smirnows ist nur scheinbar zweideutig. In einem Anfang Dezember 1995 veröffentlichten Schreiben an den Präsidenten Moldovas, der am 17.11.1995 in einem Brief gegen die Transnistrien-Resolution der russischen Staatsduma protestiert hatte, verwies Jelzin darauf, daß sich die russische Haltung nicht geändert habe. Nach wie vor setze sich Rußland für eine politische Lösung des Konflikts ein. Dies bedeute die Gewährung eines nicht näher definierten "Sonderstatus" für Transnistrien und die Erhaltung der Unabhängigkeit und der territorialen Unversehrtheit der Republik Moldova. Er sei zu einem Gipfeltreffen mit Snegur bereit, sobald eine Übereinkunft zwischen Moldova und Transnistrien gefunden worden sei. Erst eine zusätzliche Bemerkung Jelzins macht deutlich, wie Rußlands Präsident sich den "Sonderstatus" Transnistriens und den Tenor des Abkommens zwischen Moldova und der separatistischen Republik Transnistrien vorstellt. An dem geplanten Gipfeltreffen, so Jelzin, könne nach Vertragsschluß

<sup>127</sup> *Rossijskie Vesti*, 23.8.1994.

<sup>128</sup> *Österreichische militärische Zeitschrift*, 1/1995, S. 95.

<sup>129</sup> *Infotag*, 19.4.1995.

<sup>130</sup> Text, in: *Moldova Suverană*, 26.4.1995.

<sup>131</sup> *Radio Bukarest*, 29.10.1995.

auch die Führung Transnistriens teilnehmen - ein deutlicher Hinweis darauf, daß Jelzin sich Smirnows Zwei-Staaten-Konzept zu eigen gemacht hat.<sup>132</sup>

Zusammenfassend kann gesagt werden: Eine friedliche Lösung des Problems im Sinne der Wiederherstellung der territorialen und staatlichen Integrität Moldovas dürfte kaum gelingen, bevor die russische Führung ihre langfristigen Ziele in der Region erreicht haben wird. Hierzu gehört zweifellos die wirtschaftliche und vor allem militärische Anbindung Moldovas an Rußland und seine Eingliederung in die Sicherheitsstrukturen der GUS. Die Separatisten in Transnistrien haben bewiesen, daß sie trotz der tatsächlichen oder nur taktischen Abkühlung ihrer Beziehungen zur Führung in Moskau ihre Politik der faktischen Abgrenzung von Moldova auch nach dem Abschluß des Abkommens über den Abzug der 14. Armee unbeirrt fortgeführt haben. Nach der Abhaltung von Lokalwahlen und einem Referendum über den Verbleib der 14. Armee im März dieses Jahres, als mehr als 90% für einen Verbleib der 14. Armee in Transnistrien votierten, nahm das Parlament der abtrünnigen Republik Transnistrien am 29.10.1995 einen Verfassungsentwurf an, worin sich die Region als separater Staat konstituierte.

Auf russischer Seite war ebenfalls keine Änderung der politischen Zielsetzungen erkennbar. Nachdem der kommandierende General der 14. Armee Alexander Lebed zum 30.5.1995 um seine Entlassung aus der Armee nachgesucht hatte, übernahm sein Nachfolger, Generalmajor Walerij Jewnewitsch, der an der Seite Jelzins an den Kämpfen um das russische Parlament im Oktober 1993 teilgenommen hatte, die Führung der in eine "Gruppe für Operativverwaltung der russischen Truppen im Dnjestrgebiet" umstrukturierten 14. Armee. Der Druck auf Chişinău mit dem Ziel der Einrichtung eines russischen Militärstützpunkts wurde seither noch verstärkt. Verteidigungsminister Gratschow erläuterte den Plan des Militärischen Oberkommandos, im Dnjestrgebiet "zur Unterstützung des Friedens" etwa 3.500 "hochkampffähige und mobile" Soldaten in einer geplanten russischen Militärbasis zu stationieren.<sup>133</sup> Gegenüber der Führung Moldovas erneuerte er den Vorschlag Moskaus, ein Abkommen über Stützpunkte und friedenserhaltende Maßnahmen abzuschließen. Eine derartige Zusammenarbeit, so Gratschow, könne auch im Rahmen eines Programms im Rahmen der NATO-Partnerschaft für den Frieden stattfinden.<sup>134</sup> Bei dem jüngsten Treffen der Präsidenten Rußlands und Moldovas wies Snegur das Ansinnen Jelzins zurück, russische Militärstützpunkte auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion, darunter auch in Transnistrien einzurichten.<sup>135</sup> Sollte Präsident Snegur nicht wiedergewählt werden und es bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Rußland zu einer Stärkung der nationalistischen und kommunistischen Kräfte kommen, dürfte sich der Druck auf Moldova noch verstärken. Infolge seiner wirtschaftlicher Abhängigkeit von Rußland und seiner politischen und militärischen Schwäche ist Moldovas politischer Aktionsraum jedoch begrenzt. Moldova, so Politiker Alexander Lebed in einem Zeitungsinterview, müsse allein wegen seiner wirtschaftlichen Abhängigkeit von Rußland freundschaftliche Beziehungen zu Moskau unterhalten "ob ihm das gefällt oder nicht." Selbst wenn es der kleinen Republik gelinge, westliche Kredite zu erhalten, "wird sie gezwungen sein, mit diesem Geld ihre Schulden gegenüber Rußland abzutragen."<sup>136</sup>

---

<sup>132</sup> *Infotag*, 1.12.1995.

<sup>133</sup> *Österreichische militärische Zeitschrift*, Nr. 5, 1995, S. 581.

<sup>134</sup> *BASA-Press, Flux*, 26.6.1995.

<sup>135</sup> Vgl. *Interfax*, 22.6.1993.

<sup>136</sup> "Politischer Novize mit Generalpension", in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 7.7.1995.

**Anneli Ute Gabanyi**

## **Moldavia at a Volatile Crossroads Between Russia, Rumania and Ukraine**

**Bericht des BIOst Nr. 16/1996**

### **Summary**

#### *Introductory Remarks*

Violent conflicts in 1992 within the territory of the Republic of Moldavia, the former Moldavian Soviet Socialist Republic, problems related to the 14th Russian Army stationed there and the controversy surrounding General Alexander Lebed - who has since been removed - have all drawn international attention to this small country on the western borders of the former Soviet Union. Situated at the volatile crossroads between Russia, Rumania and Ukraine, the small Republic of Moldavia - population 4.5 million, of which 54.5% are Rumanians, 13.8% are Ukrainians and 13% are Russians - has a vital role to play. The present report describes the historical background and the development of relations between Moldavia, the Rumanian motherland of Rumania, and the neighbours Ukraine and Russia. Moscow's actions towards Moldavia serve as a precedent and test case for a policy that aims to replace the imperial model for Soviet rule by a new, more flexible concept of Russian hegemony in its "near abroad".

The study is based on official statements delivered by policy-makers in the respective countries as well as on press releases and research reports written by Moldavian, Rumanian, Russian and western authors. During a ten-day visit as a CSCE observer of the parliamentary elections in Moldavia in February 1994, the author of the present report conducted interviews with politicians, academics and journalists from Moldavia and has - on repeated occasions - spoken with politicians and media representatives from Rumania.

#### *Findings*

1. After the independence movement started in Moldavia at the end of the 1980s, separatist tendencies emerged in Transnistria, a region marked by its own particular history and demography. These trends came to a head in an armed conflict between the newly forming armed forces of Moldavia and separatist guerrillas who received support from the 14th Russian Army stationed in Moldavia. Transnistria, situated on the east bank of the Dnestr river, is one of the most important strategic bridgeheads of the Russian army and gives Russia effective leverage in exerting pressure on the Republic of Moldavia, as well as on Rumania and Ukraine.
2. The military defeat of Moldavia in 1992 was followed by the signing of a Moldavian-Russian treaty on the stationing of additional Russian troops in the conflict area. A Russian-Moldavian treaty on the withdrawal of the 14th Russian Army from Transnistria was concluded on 14 August 1994. An analysis of Russia's interests and the policy it has been pursuing in the region would suggest that Moscow does not intend to withdraw its troops but rather to station forces on a contractual basis within the context of a Russian military base.

3. Relations between the Republic of Moldavia and Russia have from the very beginning stood in the shadow of Russia's hegemonic claims. Political, economic and military means have been employed to integrate the Republic as quickly and as securely as possible within the new federalist and confederate structures under Moscow's aegis. In November 1991, Moldavia became a signatory to the treaty on the creation of the economic community of the USSR. However, the Republic has so far declined to join any of the military agreements of the CIS.
4. The power struggle taking place in Russia is being extended to areas in the "near abroad" such as Moldavia. Representatives of democratic forces in Russia are making efforts to establish good-neighbourly relations in the region and to correct Russia's image in the aftermath of the Chechnyan crisis. Conservative forces, including the former commanding general of the 14th Army, Lebed, are at the same time working to restore the former Soviet Union.
5. The unification of Moldavia with the Rumanian motherland was not on the political agenda in December 1989. After the parliamentary elections, the Kishinev leadership backed away from nationalist positions it had adopted after 1988 in the wake of the national renaissance movement. Only recently has Rumania formulated a new approach in its policy towards Moldavia, which keeps the door open to an exclusively peaceful unification between the two countries.
6. Moldavia and Ukraine have in common a primordial interest in preserving their territorial integrity and the inviolability of their borders. Their relations are nonetheless overshadowed by unresolved border issues. Kiev would like to form a unified front with Moldavia against Moscow's hegemonic aspirations, while still working with Russia to ensure that a unification between Moldavia and Rumania does not occur.
7. The Republic of Moldavia is become a factor in western policy towards Russia due to its geo-strategic situation. The Moldavian government is seeking to achieve a balance between western and eastern (i.e. Russian) interests which is favourable to the Republic. The west's positive perception of Moldavia gives the Republic diplomatic and economic advantages. Western countries support the Moldavian leadership in its efforts to achieve a withdrawal of the 14th Russian Army from Transnistria.